



N°26 · 26.06.2026 · 73. Jahrgang

Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

POLITIK

Schwitzen und Schweigen

Rekordtemperaturen, abgesagte Feste, überhitzte Obdachlose – und ein Staatsminister der nicht über den Klimawandel spricht. Eine Momentaufnahme

Convention fantôme

Un possible conflit d'intérêts au sein du cabinet du ministère de l'Environnement à propos d'une convention à quinze millions d'euros

En marge du tapis rouge

Un reportage photo sur les coulisses de la Fête nationale

WIRTSCHAFT

D'un offshore à l'autre

De la géopolitique à la transition énergétique, Jan De Nul répond aux grands défis de notre temps et engrange les bénéfices. Les liens avec le Luxembourg sont forts. Les retombées encore floues

FEUILLETON

Le musée de la discorde

Retour sur la préhistoire mouvementée du Mudam avec Erna Hennicot-Schoepges, l'une des chevilles ouvrières de l'institution



LEITARTIKEL

Bloß nicht nerven

IIII Peter Feist

Diese Woche war eine Entkopplung der Politik von der Lebenswirklichkeit zu bemerken. Am Vorabend des Nationalfeiertags und am Feiertag selber galt Roter Alarm wegen der hohen Temperaturen. Das CGDIS hatte ein Viertel mehr Einsatzkräfte zur Verfügung, rechnete mit 25 bis 50 Prozent mehr Einsätzen wegen der Hitze. Der Directeur de la santé riet Älteren und Vulnerablen, die Feierlichkeiten besser zu meiden. Der Chef des CGDIS berichtete im *Radio 100,7*, manche Experten gingen davon aus, dass die aktuelle Hitzewelle die vom Sommer 2003 übertreffen könnte. Er erinnerte daran, dass damals in Luxemburg eine Übersterblichkeit von 16 Prozent gegenüber normalen Jahren auf die *canicule* zurückgeführt wurde.

In den offiziellen Ansprachen zum Nationalfeiertag in der Philharmonie wurde das aber nicht erwähnt. Nicht vom Großherzog, nicht vom Kammerpräsidenten, nicht vom Premier. Von Guillaume und von Claude Wiseler musste man das nicht unbedingt erwarten, vom Premier schon eher. Doch auch in seiner Botschaft am Vorabend des 23. Juni kam die *canicule* nicht vor. Luc Frieden sprach vom „Geescht vum Mateneen“, der auch die Tripartite bestimmt habe. Er hätte „Mateneen“ auch so erklären können, dass gemeinsam alles unternommen werde, um erstens die Erderwärmung bremsen zu helfen und sich zweitens an ihre Folgen anzupassen. Sodass in heißen Sommern möglichst niemand zu Schaden kommt. Auch ein Obdachloser im Bahnhofsviertel nicht, der wahrscheinlich an den Folgen der Hitze starb.

Doch das wäre nicht nur eine Ankündigung einer politischen Aktion gewesen. Zumindest zu überprüfen, ob der nationale Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel weit genug reicht. Es hätte auch vorausgesetzt einzuräumen, dass ein Problem besteht. Diesen Reflex bringt der größte Teil der politischen Klasse nicht auf. Nicht nur die Regierung und die Parteien der Mehrheit. Auch die LSAP blieb stumm und sogar die Grünen. Nur von der Linken gab es eine offizielle Erklärung, die fordert, „dringend Anpassungsmaßnahmen [zu] ergreifen“. Statt die Leute selber für zuständig zu erklären: Trinkt genug, bleibt im Schatten... Oder die Gemeinden für ein Hitzefrei an den Grundschulen, wie der Bildungsminister es getan hat – das falle unter die Gemeindeautonomie.

Vor sechs Jahren war die CSV weiter. Am 9. November 2019 nahm ein außerordentlicher Nationalkongress in Rodange bei nur einer Enthaltung eine Resolution zu Wachstum, Klimaschutz und Wohnungsbau an. Das Grundsatzdokument hält unter anderem fest, die nationalen CO₂-Emissionen „umgehend radikal“ zu senken. Ein halbes Jahr vorher hatte am 16. Mai 2019 im Parlament Gilles Roth den damals mitregierenden Grünen „sechs Jahre verfehlte Klimapolitik seit 2013“ vorgeworfen. Für die DP gefiel der damalige Premier Xavier Bettel sich als „Klimapremier“.

Heute findet CSV-Fraktionspräsident Laurent Zeimet, man solle nicht gleich in Panik verfassen, „wenn die Temperaturen mal höher sind“, so am Montag im *RTL-Radio*. Die wegen der Hitzewelle einberufene Cellule de crise sei „keng Panik-Cellule“. DP-Hauptstadtbürgermeisterin Lydie Polfer sagte am Mittwoch beim City Breakfast, in der Stadt sei keine zusätzliche Begrünung nötig, es gebe schon genug. Dabei hatte sie in ihrer Schöfferratserklärung im Herbst 2023 „die Anpassung an den Klimawandel“ die „oberste Priorität“ genannt. „Neue Grünflächen“ oder die „Begrünung zentraler Plätze“ kamen in der Erklärung zehn Mal vor. Lange her.

Das sind die Folgen einer Politik, die „pragmatisch“ sein und „nicht nerven“ will. Doch der Sommer hat erst angefangen und niemand kann wissen, wie viele Hitzewellen es noch geben wird. Vielleicht gibt es noch ein paar. Dann kann sich schnell zeigen, dass eine Politik, die so tut, als gebe es kein Problem, und die Zuständigkeit fürs Wohlergehen an den Einzelnen abschiebt, nicht nur verantwortungslos ist und intellektuell unehrlich, sondern auch langweilig, weil sie nichts mitzuteilen hat. ●



Der Regenschirm als Sonnenschutz



Nationalfeiertag – Feiern mit Hitzewelle

Politi





Sven Becker



ik



Der Pariser-Platz

Schwitzen und Schweigen

IIII Stéphanie Majerus

Rekordtemperaturen, abgesagte Feste, überhitzte Obdachlose – und ein Staatsminister der nicht über den Klimawandel spricht. Eine Momentaufnahme

Dimitri Agurasti saß an diesem Montagmittag in seinem hölzernen Kürtos-Stand auf dem Pariser-Platz; im Bahnhofsviertel ist gerade Kirmes. „Seit Samstag kommen 30, vielleicht 40 Prozent weniger Kunden vorbei“, sagte er. Die Angestellten verzichten auf ihre After-Work-Treffen, Freunde auf ihren Stadtbummel. Wenn überhaupt, kämen die Leute erst am Abend, so der junge Unternehmer, der die ungarische Spezialität in einem kleinen Ofen hinter sich bäckt. Nach Hause schicken musste er bislang niemanden; man trinke einfach vier bis fünf Liter Wasser, erklärte er. Hinter ihm saß eine Mitarbeiterin und schwitzte. Nach dem Gespräch bimmelten Smartphones. LU-Alert hatte eine Nachricht verschickt: „Hitzewelle, schützen Sie sich!“, lautete die knappe Mitteilung. Nur wenige Schritte vom Kürtos-Stand entfernt war die Terrasse des Café Paname gut gefüllt; breite Sonnenschirme und der Durchzug sorgten zu Wochenbeginn noch für eine leichte Abkühlung.

„Dir hutt et matkritt, et ass waarm dobaussen, eng Afenhëtz“, eröffnete RTL zwei Tage zuvor, am späten Samstagnachmittag, einen Live-Ticker zur Hitzewelle. Und schlitterte dann in ein Gefühlschaos: „Déi héich Temperaturen hunn och hir schéi Säiten – et ass Wieder, fir an d’Piscine ze sprangen. Gutt Stëmmung op der Fête de la musique. E puer flotter Stonne beim Stau genëssen“, hieß es. Aber auch erste Vegetationsbrände wurden gemeldet, in Canach und Pommerloch. „Eng Tropenuecht läit hannert eis“, stieg ein RTL-Moderator am Montagmorgen in ein Interview mit dem Meteorologen Jörg Kachelmann ein. Hitzewellen seien „die neue Realität“, erklärte dieser, „das ist halt der Klimawandel.“ Zwar kühle es nächste Woche ab, „aber das Problem der Trockenheit“ bleibe bestehen, mahnte er. Am späten Nachmittag meldete die CFL eine temperaturbedingte „Absenkung eines Gleises“ nahe Berchem. Der Schienenverkehr zwischen Luxemburg-Stadt und Rodange sowie Richtung Frankreich sei lahmgelegt. Pressemitteilungen verschickten auch Gemeinden; sie passten die Feierlichkeiten am Vorabend des Nationalfeiertags ans Wetter an.

Der Knuedler war am Montag bereits nahezu leer; die Sonne drückte grell auf die sandfarbenen Steinplatten. Zwei Männer in robusten Arbeitshosen falteten durchsichtige Planen vor dem Gemeindehaus, wo die Bühne für Großher-

zog Guillaume errichtet wurde: „Wir nehmen die Planen, die als Regenschutz für die Zeremonie gedacht waren, wieder runter“, erklärte ein Mitarbeiter von Pro-Musik. „Heute Morgen hat Bürgermeisterin Lydie Polfer festgestellt, dass sich die Hitze sonst rund um Guillaume stauen würde.“ Es sei heiß, daran sei nichts zu beschönigen, meinte der Installateur. Er fasst den Boden an und erklärt: „Ab 16 Uhr drückt die Hitze von oben und unten, deshalb arbeiten wir bis spätestens 15 Uhr.“ Er zeigt dann Richtung Tourist-Office: „Da steht ein Trinkwasserbrunnen mit Filteranlage. Das erleichtert uns die Arbeit, wir müssen weniger Wasser mitschleppen. Sinnvoll wäre zusätzlich ein Sonnencreme-Spender.“ Die Arbeiter von Pro-Musik haben daran gedacht, sich einzucremen – „aber an sonnenexponierten Plätzen wie dem Glacis wäre ein Spender nicht verkehrt“.

Aus Daten, die Audrey Gustin, wissenschaftliche Leiterin der Fondation Cancer, dem *Land* zugesendet hat, geht hervor, dass UV-Strahlung ein Hauptrisikofaktor für berufsbedingten Krebs in Europa ist. Unlängst hat zudem das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen in Heidelberg ermittelt, dass Melanome im Gesicht bei Menschen mit Outdoor-Berufen doppelt so häufig auftreten wie bei Indoor-Angestellten. 2021 verfasste die Unfallversicherung mit der ITM und dem Gesundheitsministerium eine Broschüre, die über Schutzmaßnahmen vor UV-Strahlen informierte. Unklar bleibt jedoch, inwiefern die Auflistung Arbeiter im Freien erreichte. Die Cellule d’évaluation des risques intempéries et inondations (Ceri) mahnte ihrerseits am Samstagmorgen unter der Überschrift „Lëtz prepare“, insbesondere chronisch Kranke, alte Menschen und Babys seien von der Hitze „bedroht“, aber auch gesunde Personen könnten von Dehydrierung oder Hitzeschlag betroffen sein – mit Symptomen wie Fieber über 40 Grad oder Bewusstlosigkeit. In letztere Kategorie könnten gehäuft Bauarbeiter fallen. Die ITM beschränkt sich auf allgemeine Empfehlungen – ausreichend Trinkwasser, Aufgaben in der prallen Sonne reduzieren, Kopfbedeckung, luftige Kleidung. Kontrolliert die ITM diese Woche vermehrt die Bedingungen auf den Baustellen? Bis Redaktionsschluss kam keine Antwort.

Unter dem Titel „Nationalfeiertag im Hitzetaumel“ blickte das *Tageblatt* am Mittwoch auf den ersten Nationalfeiertag unter Guillaume zurück. Und die *Wort*-Leser fragten in ihren Kommentaren, warum es keine Lasershow statt Feuerwerk gab: Bei der „aktuellen Hitzewelle“ sei es „nicht vertretbar“ gewesen. Tatsächlich hatte die Pyro-Show einen kleinen Brand ausgelöst. Erzbischof Jean-Claude Hollerich hatte seinerseits am Nationalfeiertag eine Version *light* des Te Deums abgehalten. Die Kirchen seien da, um „Herzen zu wärmen“, nicht um „Körper“ aufzuheizen: „Dofir hunn ech decidéiert, haut keng Homelie ze maachen. Dir sollt net ënnert der Hëtz leiden.“ Er beschränkte sich auf den Schlusssatz seiner Ansprache: „Vive de Grand-Duc, a Vive déi ganz groussherzoglech Famill.“ Während der offiziellen Zeremonie in der Philharmonie erwähnte Großherzog Guillaume die Herausforderungen des Klimawandels mit keinem Wort. CSV-Premier Luc Frieden in seiner Fernseh-Ansprache am Vorabend auch nicht.

Mit dem fossilbetriebenen,
pyroenergetischen
Schlamassel in die sich die
Menschheit begeben hat,
befasst sich Luc Frieden
kaum. Sein Ennemi
ist ausschließlich
militärischer Natur

[Fortsetzung von Seite 3]

Wenn man etwas „Bedrohliches“ erfolgreich „verdrängen“ will, ob als Politiker oder Bürger, dann sollte man sich dafür lieber nicht etwas so Allgegenwärtiges und Unausweichliches aussuchen wie das Klima, schreibt *Zeit*-Journalist Bernd Ulrich. Doch die Verdrängungsenergie in Politik und Gesellschaft ist hoch; man hat den Klimaschutz aus der politischen Debatte gestrichen; für Klimapolitik werden die Budgets zurückgeschraubt, die Ambitionen auch. In dem überschaubaren Luxemburg liegt der Anteil an Elektrowagen im Fuhrpark bei unter zehn Prozent, der Anteil an fossilen Brennstoffen im Gesamtenergiemix bei über 60 Prozent (die Zahl wird durch den Tanktourismus stark nach Oben gedrückt). Die Prioritäten sind andere: 70 Prozent aller Arbeitnehmer pendeln mit dem Auto; der Findel hat im vergangenen Jahr mit 5,3 Millionen Passagieren einen neuen Rekord aufgestellt.

Fangspiele und Lernfreude waren diese Woche auch in den Schulen eingeschränkt. Ein Teil der Kinder wurde diese Woche eher verwahrt als kognitiv stimuliert. Auf vulnerable Kinder – beispielsweise weil sie nicht imstande sind, eigenständig zu trinken – musste besonders aufgepasst werden. DP-Bildungsminister Claude Meisch ließ mitteilen, dass diese Kinder automatisch entschuldigt seien, falls sie zu Hause bleiben. Viele Gemeinde hatten für nachmittags ohnehin Hitzefrei an Grund-

schulen beschlossen. Am Mittwoch erklärte er auf *RTL*, die Schule müsse trotzdem eine Betreuung garantieren: „Wëll et gi Kanner, déi soss aleng doheem der Hëtzt ausgesaat wieren; et ass jo net esou, datt jidferen ee Swimmingpool an eng Klimaanlag huet.“ Je nach den Gegebenheiten des Schulgebäudes muss jede Gemeinde für die Primarschulen letztlich selber entscheiden, ob der Unterricht weiter läuft oder nicht, so Meisch. Vernünftige Flexibilität störte trotzdem viele – *RTL* bekam Zuschriften von Lehrern und Eltern, es solle eine einheitliche Bestimmung geben.

Wie es sich anhört, wenn sich der Klimawandel in die Politik drängt, konnte man am Montag hören, als Laurent Zeimet im *RTL*-Morgeninterview saß. Als Journalist Pierre Jans den CSV-Fraktionspräsidenten fragt, ob wir „mittlerweile den Klimawandel am eigenen Körper spüren, sagte dieser: „Esou drastech géif ech dat net formuléieren.“ Das Kollektivsingular „wir“ müsse „seine Politik“ und „Lebensgewohnheiten“ verändern. Man solle nicht übertreiben, es herrsche „keng Panikstëmmung“, motzte Zeimet. „Innovation“ und „move fast“ sind Buzzwörter, die Premier-Frieden für die KI-Transformation bereithält. Mit dem fossilbetriebenen pyroenergetischen Schlamassel in die sich die Menschheit begeben hat, befasst er sich kaum. Sein *Ennemie* ist ausschließlich militärischer Natur. In seinem Nationalenresilienz-Plan hielt er im Oktober 2025 acht Resilienz-Säulen zurück, darunter keine, die sich ausdrücklich mit Wetterextremen befasst: Über-

Zur hitzebedingten Gereiztheit gesellen sich derweil psychosoziale Einschnitte: der Raum für Musik, Sportevents und Geselligkeit wird enger

schwemmungen, Waldbränden Hitzewellen. Vielleicht war das von der Regierung so gedacht, aber dann hätte der Plan nicht großspurig „multiple und zusammenhängende Krisen“ adressieren sollen. Denn das LIST bestätigte, dass das Großherzogtum anfällig für klimabedingte Gefahren ist.

Fündig wird man hingegen in dem von CSV-Umweltminister Serge Wilmes vorgelegten Klimaanpassungsplan. Er sieht unter anderem die Begrünung der Ortschaften, die Überwachung von Infektionskrankheiten wie Zikafieber, die Ausstattung von Neubauten mit Photovoltaikanlagen, das Sammeln von Regenwasser und die Renaturierung von Fließgewässern und versiegelten Flächen vor. Moniert wurde allerdings, dass der Plan nur vage Ziel- und Zeitvorgaben nennt (wie es aus einer Analyse des Mouvement Ecologique hervorgeht). Auch ist unklar, ob die Maßnahmen reichen. Erstmals beachtet wurden in Wilmes' Klimaanpassungsplan jedoch soziale Faktoren: Ärmere Haushalte, Ältere und Kinder werden als besonders schutzbedürftig genannt – nur Obdachlose wurden vergessen.

Wie gefährlich die hohen Temperaturen für Obdachlose sein können, wurde am späten Montagnachmittag bekannt: Der am Wochenende im Bahnhofsviertel tot aufgefundene Obdachlose sei gestorben, weil er in der prallen Sonne eingeschlafen war. Am Montagmittag saß am Hamilius ein älterer Bettler unter einem schwarzen Sonnenschirm. Nur ein paar Meter neben ihm lieferte ein Gebäude Schatten. Will er sich nicht dahin begeben?, fragen wir. „Nein, da störe ich vor dem Ladenfenster“, erklärte er. Hat er genug zu trinken? Er zeigte auf eine Plastiktasche – dort seien mehrere Liter Wasser drin. In der Notfallaufnahme des CHL wurde am Wochenende ein erster Obdachloser eingeliefert. „Er war auf 42 Grad überhitzt“, erklärte Notfallarzt Guillaume Bauer. Inzwischen hat das Gesundheits- und Familienministerium sein Angebot an Hilfsstrukturen ausgeweitet – eine Art *Summeraktioun* ins Leben gerufen. Bis Redaktionsschluss hielt sich der Andrang im CHL allerdings in Grenzen: „Vor allem Menschen, die draußen Sport machen; Alte, denen es schwindelig wird, Patienten, die unterschiedliche Medikamente nehmen, sehen wir vermehrt“, beschrieb der Arzt die Situation. Neben der Überhitzung identifizierte er vor allem die Gefahr des unkonzentrierten Arbeitens im Handwerk oder beim Autofahren. Allgemein seien die Menschen „viel gereizter, wenn es heiß ist“, so Bauer.

Zu dieser Gereiztheit gesellen sich derweil psychosoziale Einschnitte; der Raum für Musik, Sportevents und Geselligkeit wird enger: Für das kommende Wochenende hat Schifflingen wegen der Hitze ein Basketballturnier abgesagt, Colmar-Berg sein Parkfest und die Werkstatt für Menschen mit geistiger Behinderung, Op der Schock, ihr Sommerfest. Die Absage-Welle erinnert an den Lockdown während der Corona-Pandemie. Wohin die Pandemie-Gereiztheit führte, daran erinnert man sich. Hinter Klimastress lauern soziale Kipppunkte.

Wir schreiben Juni 2026. Diese Woche wurden Temperaturrekorde für Großbritannien und Frankreich gebrochen. Die globalen Emissionen haben sich stabilisiert, gehen aber (noch) nicht zurück, erläuterte der Klimatologe Andrew Ferrone am Donnerstag im Radio 100,7. Diese Woche lag das Klima im Worst-Case-Szenario, das der IPCC berechnet hat. Wie geht es weiter mit der Erderwärmung? Die für Menschen habitable Zone reicht in diesem Universum nicht weit. Sie ist bedroht. Und mit ihr die Menschen. ●

Luxemburg-Stadt während der Vorbereitungen zu Nationalfeiertag



Sven Becker

Convention fantôme

IIII Erwan Nonet

Un possible conflit d'intérêts au sein du cabinet du ministère de l'Environnement à propos d'une convention à quinze millions d'euros

Le 1^{er} juin, le premier conseiller de gouvernement au ministère de l'Environnement, Charel Hurt, a dirigé une réunion de crise au sujet d'une convention avec l'Uni.lu. Le ministère conteste le caractère urgent de cet échange qui aurait « permis de faire le point sur l'état d'avancement de la convention et d'identifier les éléments à préparer en vue du prochain comité de suivi ». Mais si tel avait été le cas, la réunion aurait été menée, comme d'habitude, par Thomas Schoos, membre du cabinet du ministère et responsable du dossier. Selon les informations du *Land*, des collaborateurs auraient ouvertement fait part de leur inquiétude concernant ladite gestion. Le ministère conteste également cette information, mais la « Climate Nexus Framework Convention » cristallise les reproches de nombreux fonctionnaires et inquiète de plus en plus le cabinet du ministre. (Contacté par le *Land*, Thomas Schoos a décliné tout commentaire, renvoyant à la réponse officielle du ministère.)

Thomas Schoos est le grand ordonnateur de cette convention. Il était un communicant flamboyant et ambitieux lorsqu'il a été embauché au ministère de l'Environnement en 2020 par Carole Dieschbourg (Déi Gréng) pour encadrer les relations publiques. Il a rapidement intégré le cabinet de la ministre, avant d'être placardisé par Joëlle Welfring, qui a succédé à Dieschbourg. Il profite du changement de gouvernement en 2023 pour retrouver une place au soleil. Conquis par la gouaille et l'aisance de Schoos, Serge Wilmes lui confie de nombreuses responsabilités : les affaires européennes et internationales, la thématique sciences et innovation, les infrastructures, l'organisation interne et les ressources humaines.

Thomas Schoos a repris de son propre chef le dossier des relations avec l'Université fin 2023/début 2024. Celui-ci était jusque-là piloté par une conseillère de direction, qui, déçue par cette décision, a fait valoir ses droits à la pension peu après. Schoos n'avait d'ailleurs pas été invité à son pot de départ. Lorsqu'il a pris en main ce dossier, il était déjà inscrit à l'Uni.lu. Le haut fonctionnaire avait lancé ses recherches lors de sa mise au placard par Joëlle Welfring. Le thème qu'il avait choisi était le financement climatique international, dont il est également en charge au ministère depuis que Serge Wilmes en a pris les commandes. « Concernant son doctorat à l'Université du Luxembourg, Thomas Schoos y a mis fin en décembre 2025 », écrit le ministère au *Land*. Quant à savoir s'il ne voyait pas là un possible conflit d'intérêts, le ministère n'a pas répondu.

Cette convention se caractérise par son montant élevé : quinze millions d'euros ventilés entre 2025 et 2030. Selon le plan fourni par le ministre Serge Wilmes (CSV) en avril dernier, en réponse à une question posée par Joëlle Welfring (Déi Gréng), le ministère a déjà versé 458 226 euros en 2025 et s'apprête à en verser 2 851 150 euros cette année. À quoi sert cette convention ? Voilà une autre question épineuse. Dans une réponse commune envoyée au *Land*, le ministère de l'Environnement et l'Université du Luxembourg utilisent les mêmes éléments de langage que dans leur communiqué de presse de juillet 2025. La convention se baserait sur six piliers : « la préparation sociale », « la préparation institutionnelle », « la préparation technologique », « la préparation globale », « la préparation académique » et « l'approche Climate Nexus ». L'objectif serait « le renforcement de la résilience climatique à travers une approche transversale ».

Un discours jargonnel bien rodé, mais qui ne livre aucun élément concret. Et il est impossible d'en référer au texte de la convention, puisqu'il n'est pas public. Lorsque Joëlle Welfring demandait à Serge Wilmes si celle-ci sera publiée ou transmise à la Chambre, ce dernier lui a répondu que l'Uni.lu serait « obligée, dans le cadre de la convention, à publier et promouvoir les résultats des activités de recherche ». Ce qui n'est pas ce qui lui avait été demandé.

Le ministère et l'université ne répondent pas non plus clairement au *Land*, qui leur a demandé comment avait été déterminé le montant de quinze millions d'euros. Selon eux, le budget a été « élaboré conjointement » par le ministère de l'Environnement et l'Uni.lu. Ils donnent des exemples d'actions qui ont reçu un financement via la convention : « Des initiatives destinées aux jeunes et au grand public ont été lancées : le Scienteens Lab, De Labo fir Jonker, laboratoire pédagogique pour les élèves du secondaire, et une importante action de sensibilisation au changement climatique sous

Il y a un mois, un remaniement a eu lieu dans le cabinet du ministère de l'Environnement

la forme de fresques du climat et de la biodiversité et d'ateliers Carbon Express qui seront organisés lors de la Student Welcome Week 2026 qui touchera plus de 2 000 étudiants ».

Ces exemples apportent plus de questions que de réponses. Pourquoi a-t-on attribué à l'université ces activités de sensibilisation et de vulgarisation ? Pourquoi aucune soumission ou aucun appel d'offres ont été lancés pour proposer d'organiser ces ateliers à d'autres organismes, davantage habitués à ces missions ?

Le ministère et l'Uni.lu indiquent que grâce à la convention, « deux personnes ont été recrutées ». Celles-ci doivent contribuer à mettre en place, au Luxembourg, une unité de support du GIEC, unité qui avait été supprimée lors du retrait des États-Unis, avant d'être « partiellement reprise par le Luxembourg afin de permettre au GIEC de poursuivre ses travaux scientifiques essentiels. » Aucun nouveau cursus ne sera créé à l'Uni, mais la convention prévoit « l'introduction progressive d'un cours interdisciplinaire consacré à la transition écologique et au développement durable dans les cursus de l'Université ».

Non seulement aucun calcul clair ne justifie la somme de quinze millions d'euros, mais les critères qui permettraient de juger du bon usage de ce financement demeurent eux aussi inconnus. Le ministère et l'université assurent

que « le suivi et l'évaluation de l'utilisation des fonds sont assurés par un comité de suivi. » Ce comité – ce n'est pas précisé dans la réponse – est présidé par Andrew Ferrone, climatologue (membre du GIEC) et directeur des Affaires européennes et internationales au ministère de l'Environnement. L'Uni.lu et le ministère reconnaissent qu'aucun objectif précis ne lui a été assigné. « La convention permet une certaine flexibilité en termes, entre autres, des priorités poursuivies ».

Ce flou n'est pas habituel. En février dernier, la ministre de la Recherche et de l'Enseignement supérieur, Stéphanie Obertin (DP), avait signé d'autres conventions pluriannuelles avec l'Université, le List, le LIH, le Liser et le FNR. Le communiqué de presse publié à l'occasion était très clair : « [Ces conventions] définissent les missions, les objectifs stratégiques ainsi que les indicateurs permettant d'évaluer leur réalisation ». Et de poursuivre : « Ces indicateurs se répartissent en trois catégories : financiers, axés sur les résultats, et structurels ».

Au ministère, tout le monde était au courant que Thomas Schoos étudiait à l'Uni.lu. Que personne n'ait ressenti le besoin de s'inquiéter du fait qu'il était aussi responsable de l'élaboration d'une convention avec cette même université ne manque pas de surprendre.

Il semble toutefois que le vent ait tourné. À la fin du mois de mai, un remaniement a eu lieu au sein du cabinet. Charel Hurt reste le numéro un, Gilles Biver (le seul scientifique) a reçu davantage de responsabilités et la chargée de la communication, Magali Weyrich, a fait son entrée dans l'aréopage. Thomas Schoos, lui, a été déclassé. Il garde les Affaires européennes et internationales ainsi que les Sciences et l'Innovation, mais il a perdu toutes ses autres prérogatives. Reste la question de la gouvernance du ministre Serge Wilmes, qui a laissé pourrir une situation qu'il aurait dû désamorcer dès le tournant 2023-2024. ●



Thomas Schoos en marge d'un point presse à Grevenmacher, le 8 juin

Sven Becker

B L O G

POLITIK

« Vlächit komesch »

La réforme de la loi électorale continue d’avancer, article par article, à travers la commission des Institutions. Ce mardi matin, les députés ont brièvement trébuché sur l’article 83 : « Les électeurs du bureau et les candidats sont seuls admis dans cette salle [d’attente]. » Mais où finit la salle d’attente et où commence le bureau de vote ? Le président de la commission, Laurent Zeimet (CSV), s’étonne : « Je trouve bizarre que les candidats puissent trainer dans le bureau de vote. » Gilles Baum (DP) n’en revient pas : « Si j’extrapole, je pourrais rester là de huit à quatorze heures, en serrant la main à tout le monde ? Je ne trouve pas ça normal... » Fred Keup (ADR) s’interroge à son tour : « Un candidat pourrait donc regarder par-dessus l’épaule lors du décompte des votes ? » Avant de supprimer ce passage, estime Sam Tanson (Déi Gréng), il faudrait peut-être en connaître l’origine. Laurent Zeimet acquiesce : Les travaux

préparatoires fourniront peut-être « eng erhellend Einsicht ». On passe au prochain point... d’achoppement : L’article 95 punissant les candidats qui, « à l’occasion d’une élection, ont donné, offert ou promis aux électeurs des comestibles ou des boissons ». Alex Donnersbach (CSV) remarque qu’un « gadget qui est un truc à manger serait, d’un point de vue purement légal, ... *vlächit...* *komesch* ». (Durant la campagne, le CSV avait distribué des biscuits fabriqués par son candidat Jean-Marie Hoffmann.) André Bauler (DP) estime qu’il faut clarifier « le flou » qui entoure la question : « Ech kenne Leit, déi si während der Campagne mat kengem iesse gaangen, well dat och Électeure waren. Déi hunn dat ganz genee geholl. » **BT**

« Serrer la vis »

La mobilisation autonome des livreurs Wolt (*d’Land*, 19.6.2026) commence à porter ses fruits. Ce mercredi, à l’issue d’une réunion avec des représentants des coursiers (épaulés par les syndicats), le ministre du

Travail, Marc Spautz (CSV), a annoncé une vaste « campagne de contrôle » de l’ITM. Elle visera les plateformes, mais surtout la nébuleuse de sociétés de sous-traitance qui recrutent des livreurs leur faisant signer des (pseudo-)contrats de travail que les syndicats jugent pour la plupart « illégaux ». C’est également l’analyse qu’en avait faite le podcast *Zeenewiessel*, en novembre dernier, après avoir consulté plusieurs de ces CDI. Devant les députés de la commission du Travail, Marc Spautz s’est offusqué de ces « intermédiaires » (« déi sech eng gëllen Nues verdéngen ») et a promis de « serrer la vis ». L’autre chantier est la transposition de la directive « travail de plateforme », que Spautz veut conclure d’ici le 8 décembre, date butoir. Ressuscité par la Tripartite, le CPTÉ se penchera sur le sujet dès sa prochaine réunion. Le projet de loi devrait être déposé à la rentrée. « Touchons du bois », dit Spautz. Wolt est entré en mode *damage control* : On resterait « committed to constructive, fact-based dialogue on regulations », écrit la firme dans une réponse à *RTL*. Baisser les tarifs des livreurs à l’heure même où le gouvernement



planche sur la transposition de la directive n’était probablement pas très malin... **BT**

FINANZEN

2,1 Milliarden Euro Defizit

Das Haushaltsjahr 2025 schließt mit einem Defizit von 2,153 Milliarden Euro ab, so die am Freitag voriger Woche von Finanzminister Gilles Roth (CSV) im Parlament eingereichten Abschlusskonten (Foto: sb). Das sind 570 Millionen mehr als die geplanten –1,583 Milliarden Euro und zurückzuführen auf höhere Ausgaben für Wohnungsbau, Verteidigung und Sozialhilfe. Sowie auf Mindereinnahmen aus Einkommensteuer, TVA und Vermögenssteuer für Gesellschaften. Mit den viel diskutierten Berichten des Conseil national des finances publiques (CNFP) über das Jahr 2025 sind Roths Zahlen nicht ganz vergleichbar. Sie betrachten alle Bewegungen nach dem Prinzip: Was kommt rein, was geht raus? Der CNFP wendet die EU-Haushaltsregeln an und betrachtet den Zeitpunkt von Buchungen. **PF**

Abschlag verbreitert

Wer weiterarbeitet, obwohl eine vorgezogene Altersrente oder -pension angetreten werden könnte, kann aufs versteuerbare Einkommen 9 000 Euro Abschlag im Jahr erhalten. Das beschloss die Regierung in der *Sozialronn* vom 4. September 2025. Die Kammer machte es am 19. Dezember zum Gesetz. Ein Gesetzentwurf des Finanzministers will den Rahmen ausweiten. Den Abschlag soll auch beantragen können, wer eine progressive Altersrente bezieht, wie sie ebenfalls im Dezember eingeführt wurde. Oder im öffentlichen Sektor eine progressive Pension, wie es sie dort schon länger gibt. Der Motivenbericht zum Gesetzentwurf versichert, es sei vor einem Jahr nicht darum gegangen, jemandem etwas vorzuenthalten. Der voriges Jahr auf neun bis elf Millionen Euro jährlich geschätzte Steuerausfall durch den Abschlag wird nun um eine Million nach oben korrigiert. Und um vorsichtshalber eine weitere Million für den Fall, dass viele Leute eine progressive Rente oder Pension wollen. Beim Staat sind das bisher nur rund 25 Agenten im Jahr. Im *Privé* hat die Rentenkasse Cnap bis Ende Mai 2026 hundert Anträge erhalten. **PF**

An der Grenze

Wenn zum 1. Januar 2027 der Brutto-Mindestlohn um 3,8 Prozent steigt, profitieren Kranken- und Rentenkasse. Denn zu beiden werden Beiträge auf maximal den fünffachen Mindestlohn erhoben (im Pensionsregime des *Public* gibt es keine solche Grenze). Der Krankenversicherung, die besonders unter Druck steht, dürften die höheren

Einnahmen an der Grenze acht Millionen Euro zusätzlich zuführen, so die IGSS auf Anfrage des *Land*. Doch nur 4,8 Millionen würden aus Beiträgen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber kommen, 3,2 Millionen vom Staat. Denn der Fiskalanteil an der Krankenversicherung liegt bei 40 Prozent und ist an die Einnahmen geknüpft: Kommt mehr aus Beiträgen herein, schießt der Staat automatisch mehr zu. Da die höheren Beiträge steuerlich geltend gemacht werden können, entsteht dem Staat ein Steuerausfall. Die IGSS schätzt ihn durch die Mindestloohnerhöhung auf 1,7 Millionen Euro. **PF**

GESELLSCHAFT

Grande-Party

Nouveau Grand-Duc, nouvelle Garden Party. Guillaume V a fait évoluer la formule de cette réception au Château Berg, consacrant chaque édition à un thème particulier. Cette année, il s’agit de remercier les organisateurs du *Troumwiessel* et de mettre à l’honneur la jeunesse, « une thématique particulièrement chère au Grand-Duc », comme le précise le service presse de Cour. Qui confirme au *Land* que ceci implique « une évolution de la composition des listes d’invités » : « Les Garden Parties ne reposent donc plus sur la reconduction systématique de catégories d’invités. » Ce qui fera forcément quelques malheureux. La Cour veut y voir une forme de démocratisation : « Cette évolution vise à ouvrir davantage ces réceptions à des citoyens qui n’avaient pas nécessairement l’occasion de participer à ce type d’événement ». **BT**

|||||

Tripartite-Umsetzung

||||| Peter Feist

Zur Umsetzung der Tripartite-Beschlüsse hat die Regierung Gesetzentwürfe im Parlament deponiert. Ihr Inhalt steht zum großen Teil im *Resilienzpak 2026*, interessant sind die geschätzten Kosten für die Staatskasse.

120 Millionen Euro nächstes Jahr veranschlagt das Finanzministerium für den Steuerekredit für Mindestlohnbezieher (CISSM), der in zwei Etappen erhöht werden soll. 70 Millionen dieses Jahr soll der Konjunktur-Steuerekredit (CIC) kosten. Er kompensiert retroaktiv zum 1. Juni und bis Ende dieses Jahres ungefähr die Wirkung einer Index-Tranche. Ab 1. Januar 2027 wird die Tranche in der Einkommensteuertabelle ausgeglichen. Dass für die steuerliche Absetzbarkeit von bis zu 1 344 Euro für Einzahlungen in Bau-sparverträge die Altersgrenze von 40 Jahren entfallen soll, dürfte zehn Millionen Euro Steuerausfall nach sich ziehen. Aber erst ab 2028, wenn die Steuererklärungen für 2027 eintreffen.

Gas soll ab 1. August und bis zum Jahresende im Endpreis um 15 Cent pro Kubikmeter

billiger werden. Dazu werden die Netzkosten bezuschusst. Dem Gesetzentwurf des Wirtschaftsministers ist zu entnehmen, dass die relative Wirkung der Maßnahme vom Netzbetreiber abhängt. Netzkosten haben einen festen und einen variablen Anteil. Der variable kostet für kleine Gaskunden im Netz der Gemeinde Düdelingen rund 30 Prozent mehr als bei Creos, bei Sudenergie 13 Prozent weniger als bei Creos. Die Gashilfe soll den Staat 20 Millionen kosten.

Transportbetriebe erhalten bis Jahresende und rückwirkend ab März nach einem Schema der EU-Kommission Beihilfen für fossile Treibstoffe. Die Kosten für den Staat schätzt das Wirtschaftsministerium auf 25 bis 61 Millionen Euro. Schweröl als *Heizungsmasutt* und als Treibstoff in der Landwirtschaft wiederum soll durch einen Zuschuss um 15 Cent je Liter billiger werden. Was die Staatskasse im Zeitraum vom 1. August bis zum Jahresende zehn Millionen kosten wird.

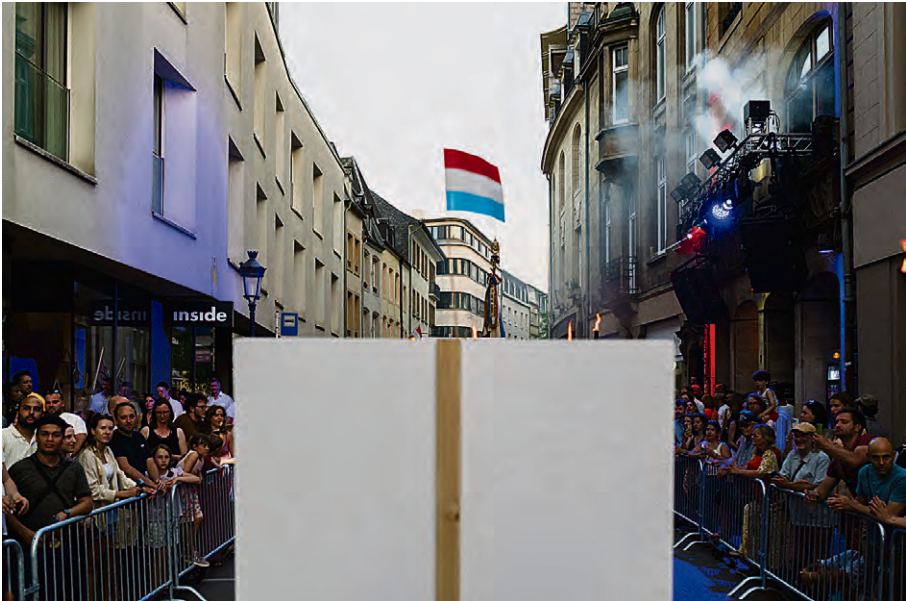
Die Endpreise von Benzin und Diesel sollen um fünf Cent pro Liter, der Strompreis für kleine Verbraucher um vier Cent je Kilowattstunde gesenkt werden. Regeln sollen das Verordnungen, veröffentlicht sind sie noch nicht. Den Tankrabatt soll es laut Tripartite-Abkommen nur geben, wenn die Spritpreise zwischen 1. Juli und Jahresende höher sind, als sie am 1. Februar waren. Das ist insofern erstaunlich, als beim Beginn der US-israelischen Bombardements von Iran am 28. Februar Benzin fünf Cent teurer war als am 1. Februar, Diesel 5,3 Cent teurer. Auf die Nachfrage, wieso ein Bezugsdatum gewählt wurde, das die Wahrscheinlichkeit für eine Beihilfe unnötig erhöht, entgegnete das Finanzministerium, das sei Teil des in der Tripartite gefundenen Konsenses. Gilles Roths Ministerium schätzt den Kostenpunkt des Tankrabatts, falls er bis zum Jahresende gilt, auf 44 Millionen Euro.

Nicht auf die Tripartite zurück geht ein Gesetzentwurf des Wirtschaftsministers, der

aber im Zusammenhang mit der Energiekri-se durch den Irankrieg steht: eine Subvention des Strompreises für Großverbraucher aus der Industrie. Nach Vorgaben der EU-Kommission soll das dieses Jahr und bis 2028 den Preis im Großhandel senken. Die Höhe der Beihilfe wird von den Entwicklungen an den Strombörsen abhängen. Kostenpunkt für die Staatskasse: 32 bis 52 Millionen Euro insgesamt bis 2028.

Während die Regierung die Verordnungen schnell in Kraft setzen kann, müssen die Gesetze noch vor der Sommerpause durchs Parlament (außer der Entwurf über die Industriestrompreise). Das letzte Kammerplen-num ist in der ersten Juliwoche. Der Tripartite-Spezialausschuss der Kammer hat vorige Woche zu tagen begonnen, dabei drei der vier Tripartite-Gesetzentwürfe diskutiert, diesen Mittwoch den vierten. Der Staatsrat trifft sich am heutigen Freitag zur Begutachtung der vier Texte. Nächste Woche tritt der Spezial-ausschuss wieder zusammen. ●

En marge du tapis rouge





À la recherche d'un Reschtsëtz – Politiciens luxembourgeois à Florianópolis, en avril 2023

IIII Bernard Thomas

Ingénieries électorales

« Je suis un peu gêné », admet Claude Wiseler (CSV), le 13 avril devant la commission des Institutions. Le président de la Chambre s'excuse « datt ech der Commissioun e bëssi draschwätzen ». En fait, il vient de faire exploser le consensus qui s'était formé entre les grandes fractions pour « élaborer un système de vote électronique à distance par Internet ». En février déjà, une motion en ce sens avait dû être retirée en dernière minute face aux doutes de Wiseler. (Venant de la part du « premier citoyen du pays », il s'agissait quasiment d'un veto, auquel le CSV et le DP se pliaient.) Un mois plus tard donc, devant la commission parlementaire, Claude Wiseler expose longuement son malaise. Le principe du suffrage secret serait mis en péril par le suffrage digital ; les électeurs votant sur Internet seraient davantage exposés aux tentatives de manipulation. Même si certaines solutions technologiques paraissaient « plus cool » et « plus confortables », il ne faudrait pas perdre de vue les risques.

Certains députés cachent à peine leur agacement lors de cette réunion. Le vétéran socialiste, Mars Di Bartolomeo, se dit « un peu surpris » : « Je ne pense pas que ce soit le rôle du Président de crasher une discussion ». La leader Déi Gréng, Sam Tanson, rappelle que le risque de manipulation existe d'ores et déjà pour les votes par correspondance, mais prend acte qu'« une voix importante de la maison » exprime ses réserves. Claude Wiseler concède une ouverture. Au nom de l'universalité du suffrage, on pourrait ouvrir le vote digital à ceux qui ne peuvent se rendre aux urnes, à savoir à la diaspora luxembourgeoise. Une nouvelle motion est donc déposée le 28 avril. Cette fois-ci, elle est adoptée (avec les voix du CSV, du DP, du LSAP et de Déi Gréng). Le texte appelle à définir comme « premier paramètre d'application » d'un futur vote digital les Luxembourgeois de l'étranger. Le tout en mode « projet pilote ».

Nouveau consensus, nouvelles incertitudes. Dès avril, devant la commission des Institutions, Claude Wiseler soulève une question gênante :

« Wéi wëlle mir mat onser Diaspora ëmgoen ? » Il rappelle que le nombre de Luxembourgeois à l'étranger a explosé sur la dernière décennie, passant de 70 000 à 160 000 personnes, dont un tiers environ vit sur le continent américain. Qu'arriverait-il si une fraction de ces électeurs potentiels se décidait à exercer son droit de vote (facilité par Internet) ? « Songez à l'influence que cela pourrait avoir », met en garde Wiseler, appelant à une discussion « avec calme et de manière non partisane » : « Hei si mir null an der Parteipolitik ».

Claude Wiseler a saisi la Cellule scientifique de la Chambre pour dresser son état des lieux et formuler des « options ». La note de recherche de 87 pages a été envoyée aux fractions et sensibilités politiques fin mai. (Elle n'est pas encore publique, mais le *Land* s'en est procuré une copie.) La Cellule y avance différentes « options de réforme ». Elles tendent toutes à endiguer le vote (potentiel) de la diaspora. En fait, il s'agit surtout de désamorcer une bombe à retardement plantée – à son insu – par Luc Frieden en 2008. C'est sa loi sur la nationalité qui a introduit la possibilité pour les « descendants en ligne directe d'un ancêtre qui possédait la nationalité luxembourgeoise à la date du 1^{er} janvier 1900 » de réclamer un passeport grand-ducal. Cette « disposition transitoire particulière » (elle a pris fin le 31 décembre dernier) poussait à l'absurde le *ius sanguinis* et la logique ethnique. Passée largement inaperçue au moment du vote, elle a eu un succès fou : 41 569 personnes auront finalement acquis la nationalité via cette procédure dérogatoire.

Dans sa note, la Cellule scientifique tente de dessiner les contours d'une diaspora très hétérogène, qui réunit « frontaliers atypiques », expatriés et néo-Luxembourgeois. Un peu plus de 160 000 Luxembourgeois vivaient en dehors des frontières du Grand-Duché, au 31 mars 2026. Un nombre « significatif », environ un tiers du total des nationaux, constate la Cellule scientifique. (Elle se base sur le Registre national des personnes physiques, une source imprécise pour comptabiliser

les expatriés, puisqu'elle reste tributaire des déclarations des concernés.) La Cellule dresse un top 5 des « pays d'accueil » : La France (35 948 personnes), le Brésil (33 205), la Belgique (28 753), l'Allemagne (22 546) et les États-Unis (21 880). Plus de 55 000 Luxembourgeois vivaient donc de l'autre côté de l'Atlantique. C'est presque autant que dans la Grande Région, où résident 62 000 citoyens grand-ducaux. Parmi eux, de plus en plus de personnes venant de quitter le Luxembourg pour trouver des logements moins chers (et plus spacieux), mais également de très nombreux Français (12 000) et Belges (11 500) qui ont obtenu la nationalité par « recouvrement », s'étant découvert un aïeul luxembourgeois.

Jusqu'à la révision constitutionnelle de 1972, la résidence était une condition au droit de vote. La réforme de la loi électorale de 1984 a ouvert le vote par correspondance aux « Auslandslëtzebuerger » (et aux électeurs justifiant un « empêchement majeur ») : « La sélection se fera d'elle-même ; et nous ne devons pas la construire artificiellement à l'avance », estimait le rapporteur de la loi. Le Conseil d'État se montrait, lui, sceptique : « Les Luxembourgeois de l'étranger sont-ils nombreux à s'intéresser au sort de leur patrie, à la gestion des affaires publiques luxembourgeoises et à la vie politique du Grand-Duché ? »

D'un point de vue électoral, la diaspora ressemble à un géant endormi. Son vote a représenté « au maximum 2,6 pour cent » du total des suffrages exprimés aux législatives de 2023, estime la Cellule scientifique. Celle-ci rappelle que les Luxembourgeois de l'étranger ne sont pas soumis à l'obligation de vote, ils sont simplement « admis » aux élections. « Ils ne sont pas des électeurs ; ils peuvent le devenir sur leur demande », résumait le Conseil d'État en 2002. Un expatrié doit d'abord s'inscrire sur les listes électorales. Il le fait auprès de sa dernière commune de résidence ou, à défaut, de sa commune de naissance. Ceux qui ne sont pas nés au Grand-Duché et n'y ont jamais vécu se voient automatiquement rattachés à la Ville de Luxembourg, c'est-à-dire à la circonscription Centre qui compte actuellement 81 000 électeurs.

La Cellule avance des « options de réforme ». L'option A apparaît comme la plus radicale : « Exclure les Luxembourgeois domiciliés à l'étranger du corps électoral », par exemple en réintroduisant une condition de domicile dans la Constitution. La piste paraît politiquement impraticable, puisqu'elle pénaliserait les dizaines de milliers de Luxembourgeois qui se sont récemment établis de l'autre côté des frontières. Même si pour faire passer la pilule, la Cellule évoque la création d'un organe consultatif, le « Conseil des Luxembourgeois de l'étranger ».

L'option B paraît plus réaliste : Maintenir le droit de vote des Luxembourgeois de l'étranger mais « sous conditions ». La Cellule envisage différentes

restrictions (« cumulatives ou alternatives » : « la durée de séjour à l'étranger », « une durée minimale de résidence préalable au Luxembourg », ou encore « la démonstration de relations effectives avec le Luxembourg » que ce soient des activités professionnelles, des « attaches familiales » ou « un domicile dans la Grande Région ».

C'est la voie suivie par un certain nombre d'États. Pour voter en Suède, il faut au moins avoir habité le pays par le passé. Le droit de vote des Irlandais s'éteint au bout de 18 mois passés l'étranger, celui des Danois après deux ans. Cette *deadline* est de 25 ans en Allemagne, qui prévoit cependant une exception (éminemment vague) pour ceux qui ont acquis « persönlich und unmittelbar » une « Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen ». Une autre exception s'avère plus intéressante pour le Luxembourg : Les Allemands habitant à l'étranger mais travaillant régulièrement en Allemagne gardent le droit de vote.

La Cellule scientifique revient sur le cas de l'Irlande, un autre petit pays avec une grande diaspora. Les Irlandais de l'étranger qui veulent voter sont tenus de se déplacer physiquement à leur *polling station* sur l'île verte. (Seuls les soldats et diplomates ont le droit de voter par correspondance.) Le gouvernement irlandais justifie cette approche restrictive par le vieux principe « no representation without taxation ». C'est l'option E avancée par la Cellule scientifique, la plus vexatoire peut-être pour les concernés : « supprimer le vote par correspondance pour les Luxembourgeois de l'étranger ». La Chambre vient de s'engager dans la voie opposée, à savoir l'option F : « mettre en place le vote électronique à distance par internet ». La Cellule scientifique remarque qu'une telle offre pour les expatriés « demeure relativement limitée en droit comparé » (on la retrouve en Suisse et en France).

Dans la majorité des pays, le droit de vote depuis l'étranger n'est pas soumis à des restrictions. Or, ce vote de la diaspora est souvent comptabilisé dans une circonscription dédiée. C'est l'option D de la Cellule scientifique qui cite les cas de l'Italie (huit députés sur un total de 400), de la France (onze sur 577), de la Grèce (trois sur 300) ou du Sénégal (quinze sur 112). La Cellule note que ce modèle, quoique minoritaire à l'échelle planétaire, « tend à se développer ». Mais on voit mal les députés intégrer un ou une 61^e député(e), et encore moins lui céder un siège. (En 2023, seul le micro-parti Fokus a proposé de réserver « deux ou trois » mandats aux Luxembourgeois de l'étranger.)

En amont des législatives de 2023, le Pirate Sven Clement pensait avoir identifié un gisement électoral au Brésil et aux États-Unis, axant une majeure partie de sa campagne sur ces néo-Luxembourgeois, encensant « le lien qui les unit avec la terre de leurs ancêtres, leur terre ». Sous pression, les autres partis suivaient le mouvement. Une brochette de politiciens s'envolait vers Florianópolis pour y présenter leur programme politique devant 460 électeurs potentiels réunis au Teatro Governador. (En interlude musical, des enfants en *Dirndl* et en *Lederhosen* dansaient le *Schuhplattler* en l'honneur des invités.) Claude Wiseler et son épouse Isabel Wiseler-Lima entreprenaient, eux, une tournée brésilienne, enchaînant cinq meetings. Michel Wolter (CSV) et Yuriko Backes (DP) se rendaient à Belgium dans le Wisconsin pour participer au « Luxembourg Fest », où ils tombaient sur les Wiseler et le Pirate Clement.

Ce cirque électoral transatlantique a fait pschitt. En fin de compte, seulement 188 enveloppes électorales seront expédiées vers le Brésil et 149 vers les États-Unis. Mais la contradiction reste évidente. Le député Déi Lénk Marc Baum l'a exprimée dans la commission des Institutions du 13 avril : Des dizaines de milliers de résidents de longue date sont privés du droit de vote, qu'on accorde à des Américains et Brésiliens qui ont « tout au plus passé leurs vacances ici ». Cette discussion, « fondamentalement démocratique », il faudrait la mener. « Do hutt Dir de Nol op de Kapp getraff, Här Baum », conclut le président de la commission des Institutions, Laurent Zeimet (CSV). ●

So ein gewisser Wildwuchs

IIII Peter Feist

Weil das Gesundheitsministerium seine Rolle nicht richtig spielt, sichern die cleversten Spitäler sich die Filetstücke der Versorgung

Am Mittwoch vergangener Woche brachte *RTL-Télé* eine Reportage von einer Krankenhaus-Baustelle. In Cloche d’Or entstehe eine Klinik der Hôpitaux Robert Schuman (HRS). Ab 2028 solle dort ambulante Chirurgie vorgenommen werden, an der Hand und an der Hüfte, aber auch kleine Operationen am Bauch. Der Knaller folgte wenig später. Marc Berna, der Generaldirektor der HRS, räumte ein, „wir haben noch keine Genehmigung“.

Das ist hochpolitisch. In Luxemburg gelten für Gesundheit und Krankenkasse drei Grundsätze: *affiliation obligatoire* an die CNS, *conventionnement obligatoire* für die Ärzt/innen, *planification obligatoire* für Krankenhausbauten. Kann eine Spitaldirektion öffentlich so tun, als gehe die Planungsverpflichtung sie nichts an, sieht das aus, als sei nun alles erlaubt.

Ein wenig komplexer liegen die Dinge bei dem Vorhaben der HRS. Der Bau an sich braucht keine Genehmigung, weil die Fondation Hôpitaux Robert Schuman, Alleinaktionärin der HRSS.A., investiert hat. Sie trägt das Risiko, falls aus der ambulanten Chirurgie nichts werden sollte. Wie sie dabei vorgegangen ist, war offenbar der Grund, wieso die HRS ins Fernsehen gingen. Man habe keinen Marketing-Coup landen wollen, sagt Marc Berna dem *Land*. Sondern vorbeugen wollen, „weil Leute über uns schreiben“. *Reporter* veröffentlichte am Tag nach dem *RTL*-Beitrag einen Artikel, der aufschlüsselt, wie die Schuman-Stiftung ins Kapital der Immobiliengesellschaft The Rock A einstieg. Sie realisiere den Bau am Boulevard de Kockelscheuer, in dem die HRS die unteren fünf Etagen belegen sollen. Aktionäre von The Rock A seien auch Nextensa und Promobe, die Gesellschaft von Flavio Becca, die Cloche d’Or entwickelt.

Die Aktion der Schuman-Stiftung verschafft ihrer Krankenhaus-Gruppe einen Zeitvorsprung zum Besetzen einer Aktivität in einem urbanen Umfeld. Vorausgesetzt, das Projekt, das bis zu 8 000 Eingriffe im Jahr vornehmen soll, wird genehmigt. Man habe es nicht im Geheimen vorangetrieben, sagt Marc Berna. „Die Genehmigungsprozedur ist noch nicht angelaufen, aber wir trafen uns drei Mal im Ministerium mit hochrangigen Beamten.“ Was Ministerin Martine Deprez bestätigt. Man müsse unterscheiden zwischen der Schuman-Stiftung und den Schuman-Spitälern. Das M3S, wie das Ministère de la santé et de la sécurité sociale abgekürzt wird, spreche mit Spitalern, nicht mit ihren Aktionären, wenn es welche gibt. Sie betont: „Es kann nicht jeder machen, was er will, es gibt keinen Wildwuchs. Wir begleiten alle Häuser bei Ausbau, Neubau, Umbau.“ Dann wiederholt sie das Mantra der Regierung: „Wir wollen das Angebot näher zum Patienten bringen.“ Man kann das so auffassen, als werde gegen das HRS-Projekt nicht viel einzuwenden sein.

Dabei sind die HRS nicht die einzigen, die sich gewisse Freiheiten herausnehmen. Am 6. Mai hatte *RTL-Télé* von einer anderen Klinik-Baustelle berichtet, der für das neue Bâtiment Centre des CHL. Zu erfahren war nicht nur, dass der Bau, dessen Gesamtkosten 2022 auf 821 Millionen Euro veranschlagt wurden, die Milliardengrenze überschreitet. Sondern auch, dass das CHL nicht mehr daran denkt, seine gesamte Aktivität am Standort Strassen zu konzentrieren und die Eicher Klinik außer Betrieb zu nehmen, wie es in der obligatorischen Planung besprochen wurde. Sondern sie „anders“ zu nutzen, etwa für Sportmedizin. Betten dafür möchte das CHL auch. Sowie zusätzliche Betten in Strassen, wo eine Etage mehr betrieben werden soll als ursprünglich geplant.

„Ich mache mir Sorgen, richtige Sorgen“, sagt Mars Di Bartoloemo, LSAP-Abgeordneter und Gesundheits- und Sozialminister von 2004 bis 2013, dem *Land*. „Wo ist bei all dem der Pilot, wo ist das Gesamtbild? Ich sehe keine klare Linie.“

Damit spielt Di Bartolomeo darauf an, dass nicht nur Klinikneubauten entstehen, sowie Ausbauten und Renovierungen. Sondern auch die Voraussetzungen geschaffen werden für Strukturen außerhalb der Kliniken, die Gesellschaften oder Assoziationen von Ärzten initiieren könnten. Vor zwei Wochen hat Martine Deprez dazu einen Gesetzentwurf vorgestellt. Und erklärt, auch diese Strukturen würden geplant. Doch dazu ist das M3S nicht imstande, wie es selber sagt. Jedenfalls noch nicht. In Zukunft soll die alle zwei Jahre aufgestellte *Carte sanitaire* über den Bedarf an Klinikmedizin auch den für potenzielle Ärztehäuser mit Gesellschaft dahinter wiedergeben. Aber das ist frühestens in zwei Jahren zu erwarten. Bis dahin gilt, was Premier Luc Frieden im Mai im *état de la nation* ankündigte: „besser Infrastrukturen iwwerall am Land“. Fragt sich nur, wer die bezahlt, bei knappen Staats- und Krankenkassenfinanzen. Allein die ganz großen Klinikbauten werden in den nächsten 15 Jahren mehr als drei Milliarden Euro kosten, 80 Prozent davon den Staat, 20 Prozent die CNS (*d’Land*, 5.6.2026).

Damit ist nicht nur ein schönes Versprechen an die Leute verbunden. Sondern auch die Frage, was gemacht werden soll in den „besseren Infrastrukturen“. Weder gibt es im Ministerium eine strategische Vorstellung für Synergien zwischen den Spitalern, noch im Krankenhausverband FHL. Gar nicht zu reden von Synergien zwischen Secteur hospitalier und einem Extrahospitalier. Da wog es umso schwerer, dass mit Marc Berna der FHL-Vizepräsident im Fernsehen war. Berna ist im Moment die wichtigste Stimme der FHL. Ihr neuer Präsident Pierre Bley, früher UEL-Direktor, später Hofmarschall, war seit seiner Ernennung am 18. Dezember in dem neuen Amt noch nie in der Öffentlichkeit zu sehen.

Sodass die Bedingungen für Wildwuchs durchaus gegeben sind. Und für schlaue unternehmerische Initiativen, wie die der HRS für die ambulante

Die Auslastung der „Antennen“ zeigt: In dünner besiedelte Regionen zu gehen, ist wirtschaftlich riskant

Chirurgie in Cloche d’Or wahrscheinlich eine ist. Wie Martine Deprez sagt, werde diese Klinik, falls sie genehmigt wird, über „Pauschalen“ finanziert. Das ist jener Mechanismus, der für die *Spidols-antennen* entwickelt wurde, aber in Zukunft auch für Spitäler genutzt werden kann. Zwei Antennen gibt es bisher – eine der HRS für Radiologie in Cloche d’Or, eine des CHL im Zentrum der Gemeinde Grevenmacher. Dort werden Tagesbehandlungen angeboten (ohne Chirurgie) sowie Mammografie. Chemotherapien sollen folgen.

Das Besondere an den Pauschalen ist, dass sie nach dem Break-Even-Prinzip mit Zusatzbremse aufgebaut sind. Die Aktivität muss groß genug sein, damit sie sich rentiert. Wird sie aber zu groß, gibt es weniger Geld. So soll, machten CNS und FHL vor einem Jahr ab, eine „Jagd“ auf Behandlungsakte und ihre Vergütung unterbunden werden.

Vom M3S erhielt das *Land* Einsicht in die Auslastungen der beiden Antennen im ersten Halbjahr 2026. In der Radiologie der HRS in Cloche d’Or wurden so viele IRM-Analysen, Computertomografien und Mammografien vorgenommen, dass die Aktivität nicht nur *break even* war, sondern auch die Pauschalenkürzung einsetzte. Dagegen waren in der CHL-Antenne die Mammografie weit weg vom *break even point* und die Tagesbehandlungen noch weiter. Zwar besteht das Angebot in Grevenmacher erst seit Anfang des Jahres, ist die Mammografie bisher nur an drei Tagen geöffnet und noch nicht an vier. Aber offenbar ist

es wirtschaftlich riskant, eine Antenne in einer dünner besiedelten Region zu betreiben. Rentiert sich das nicht, muss das Spital zuzahlen oder es muss die Antenne schließen. Deshalb ist keine Rede mehr von einer Antenne des CHEM in Mondorf, wie vor drei Jahren. Und von einer „Poliklinik“ der HRS in Junglinster, wie vor fünf Jahren. Interessanter ist es, dorthin zu gehen, wo viele Leute sind. Marktlogik eben.

Das muss nicht in der Hauptstadt sein. Es kann auch im dicht besiedelten Süden sein, der überdies ein Einzugsgebiet für *frontaliers* aus Frankreich ist. Martine Deprez’ jüngster Gesetzentwurf enthält einen kleinen, bemerkenswerten Passus: Jedes Centre hospitalier soll künftig vier statt drei Standorte haben dürfen. Wobei Antennen keine Standorte sind.

Von drei auf vier zu gehen, ist potenziell folgenreich. Laut Gesetzentwurf soll damit Spitalern, die bauen und alte und neue Standorte eine Zeitlang parallel betreiben, zu Flexibilität verholfen werden. Dem CHEM etwa, wenn es eines Tages das Südspidol gebaut haben wird und die drei derzeitigen Standorte in Esch/Alzette, Düdelingen und Niederkorn allmählich aufgibt. Das könnten aber auch die Schuman-Spitäler sein, die künftig je einen Standort auf dem Kirchberg, im *Stater* Bahnhofsviertel und in Cloche d’Or hätten und die Clinique Sainte-Marie in Esch nicht aufgeben müssten. So unsicher, wie das Südspidol ist und so weit weg seine Fertigstellung vielleicht 2033, wäre es unternehmerisch womöglich schlau, in der kleinen Clinique Sainte-Marie eine Aktivität einzurichten, die sich wahrscheinlich rechnet.

Und die auf längere Sicht dem Südspidol Konkurrenz macht. Es käme mehr Angebot zum Patienten, aber nicht unbedingt das beste. Wollte man das, müssten im Krankenhausverband Synergien ein Thema sein. Und das M3S sagen, wo die Versorgung hinsteuern soll. Weil das nicht geschieht, beginnt der Markt zu wirken. Wird alles zu teuer, kürzt entwerder die CNS allen das Geld, oder eines Tages wird der Perimeter der Sécu neu festgelegt und Privatversicherer „übernehmen ihre Verantwortung“, wie sich das der Ärztesverband AMMD im Herbst vorstellte. ●

In dieses Gebäude am Boulevard de Kockelscheuer in

Cloche d’Or sollen auf fünf Etagen die HRS einziehen



ZUFALLSGESPRÄCH
MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Stacheldraht

Ist ein Staatsvolk klein wie das hiesige, ist wenig Mehrwert mit ihm zu machen. Es kann nicht Fachkräfte für alles haben. Die Nachfrage an Arbeitskräften steigert unkontrolliert die Löhne. KI ist keine Lösung für alles. Deshalb haben die besitzenden Klassen einen höheren Bedarf an zugewanderten Arbeitskräften als anderswo.

Nicht alle zugewanderten Arbeitskräfte werden als Frontaliers, Talente, Inpats willkommen geheißen. Es gibt auch überschüssige Arbeitskräfte. Die nicht einmal in Schwarzarbeit als Küchenhilfen, gegen ein Trinkgeld als Essensausfahrer verwertet werden. In einer Gesellschaft der Lohnarbeit ist das illegal. Die Illegalen sind Menschen, die oft unter Lebensgefahr vor Armut, Krieg, Verfolgung geflohen sind.

Vor zwei Wochen beschlossen CSV, DP, ADR, Piraten im Parlament ein Gesetz über den Betrieb eines „Centre de Filtrage“. Dort sollen überschüssige Arbeitskräfte aus Afrika, Asien, Osteuropa binnen weniger Tage als unverwertbar, illegal überführt und gegebenenfalls eingesperrt werden. Unter Verwaltung des Abschiebegefangnisses „Centre de rétention“. Artikel 6 des Gesetzes besagt: „Les autorités de filtrage au sens de l’article 2, point 10), du règlement (UE) 2024/1356 comprennent les autorités suivantes : 1° le ministre ; 2° la Police grand-ducale ; 3° le Service de renseignement de l’État.“

Die Abschiebung der Ausgefilterten bleibt schwierig. Ihre Heimatländer zeigen wenig Interesse an der Wiederaufnahme. Viele EU-Länder streben eine raschere, rücksichtslosere Deportation an. Deshalb verabschiedete das Europaparlament vergangene Woche eine EntschlieÙung über ein „gemeinsames System für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen“.

Die Europäische Union fördert nun die Einrichtung von Abschiebegefangnissen außerhalb ihrer Grenzen. Vorbild ist das Abkommen zwischen der neufaschistischen Regierung Italiens mit der korrupten Albaniens. Über die Einrichtung eines „Centre de filtrage“ in Shëngjin und eines „Centre de rétention“ in Gjadër. Die Auslastung der von Italien finanzierten Zentren scheiterte bisher an juristischen und administrativen Hürden. Die EU-EntschlieÙung soll dies nun ändern.

Die Europäische Union arbeitet seit Jahren mit Menschenhändlern in Libyen zusammen. Australien hielt Asylsuchende auf den Inseln Nauru und Manus gefangen. Die USA deportieren gegen Bezahlung Strafgefangene nach El Salvador. Großbritannien versuchte, Asylsuchende nach Ruanda abzuschieben.

Ärmere Staaten sollen dafür bezahlt werden, ihre Wirtschaft mit einem „prison-industrial complex“ zu diversifizieren. Wohin überschüssige Arbeitskräfte aus der Europäischen Union während ihres Asylverfahrens verschleppt werden. Wo ihnen der letzte Rechtsschutz in ihnen unbekannten Ländern genommen wird.

Hält es beispielsweise ein EU-Staat für politisch delik特, Asylsuchende nach Afghanistan zu deportieren, schickt er sie lieber in ein Lager nach Usbekistan. Damit Usbekistan sie in Eigenverantwortung ins benachbarte Afghanistan abschiebt. Die Armen werden nie genug bestraft.

Die EntschlieÙung des Europaparlaments wurde von den vereinigten Rechtsparteien verabschiedet. Im gemeinsamen Bemühen, den nationalen Konkurrenzkampf zwischen den Wirtschaftsstandorten, zwischen den Arbeitskräften bis aufs Blut zu schüren. Als Bündnis von Europäischer Volkspartei, die seit Jahren den Kopf über die Unbelehrbarkeit der Ertrinkenden im Mittelmeer schüttelt. Und von Fraktionen Europäischer Konservativer und Reformer, Patrioten für Europa und Europa der Souveränen Nationen. Die nachts bei Youtube-Filmchen von ICE masturbieren.

Gegen die EntschlieÙung stimmten Sozialdemokraten, Linke und Grüne. Die Liberalen waren dafür und dagegen. Nach der Abstimmung klatschten rechte Abgeordnete im Takt und grölten: „Send them back! Send them back!“ Die CSV-Europaabgeordneten Isabel Wiseler-Lima und Martine Kemp stimmten für die EntschlieÙung. Ob sie mitgrößten, ist nicht überliefert. ● ROMAIN HILGERT

La police du narratif

IIII Pierre Sorlut

« Nous entrons dans une nouvelle étape de maturité dans la structuration de la promotion du Luxembourg », a prévenu lundi la responsable de la promotion de l’image de marque nationale, Beryl Koltz. Au cours d’une conférence de presse finalement organisée dans ses locaux (plutôt que sur la *frying place* d’Armes), le ministère de l’Économie a justifié (ou en tout cas essayé de...) le travail de sa cellule de promotion de l’image de marque pour son passage dans l’adolescence. Née en 2016 autour du slogan Let’s make it happen (LMIH) et du logotype X, affiché devant le Findel (en remplacement du Moien orange de la banque ING) et sur les voitures de police, la campagne de *nation branding* s’est institutionnalisée sous la direction de l’ancienne réalisatrice, Beryl Koltz. Entre 2021 et 2025, la cellule coordonnant les initiatives (550 dossiers de promotion) est passée de six à 8,5 équivalents temps plein.

Le bilan des dix ans écoulés et le programme d’actions pour les cinq prochaines années sont rassemblés dans un rapport de 52 pages. Il démarre par une avalanche de chiffres en guise de satisfecit. 78,1 pour cent des « acteurs de la promotion » estiment que l’image globale du pays a évolué de façon positive (selon un sondage réalisé par un

géniteur de l’initiative auprès de 160 personnes qui agissent sur ou vivent de la campagne de promotion). LMIH serait devenu « une marque forte » pour 82 pour cent des résidents. Il y aurait plus de 100 000 *followers* sur LinkedIn, Instagram et Facebook (en cumulé), sièges de la *e-reputation*.

Le « Luxembourg n’est pas seulement une place bancaire et les trois quarts du PIB ne sont pas liés à la finance », avait rappelé le ministre Lex Delles (DP) en introduction. Il faudrait montrer le reste, comme la qualité de vie (« le meilleur outil de campagne ce sont les gens qui travaillent au Luxembourg »), dans une « une approche structurée et claire ». Le plan d’action démarre avec une courbe chronologique. S’ensuit une cartographie de l’écosystème de la promotion : 67 cercles (dont un baptisé « cercles ») autour du logotype, « une vue d’ensemble non exhaustive » où figurent les ministères, le patronat, les syndicats, des agences... un joyeux bazar synonyme de besoin accru en coordination. La cellule veut changer son intitulé. Ne l’appellez plus « Cellule de promotion de l’image de marque » mais « Cellule image de marque ». Il ne s’agirait plus de promouvoir mais de faire la police (« coordonner ») pour accomplir les objectifs sectoriels (« dy-

namisation économique, attraction des talents et développement du tourisme ») et transversaux (« soft power et cohésion nationale »). Aux deux premiers « axes d’action pour 2026-2030 », inspirer et soutenir, s’ajoute « veiller », avec notamment une dimension *social listening*.

La veille sur LinkedIn, une bonne partie de la communauté d’affaires (1 542 *likes* et 153 commentaires) pestait contre l’aéroport, ponctuellement paralysé par le krach d’un avion de loisir, et plus généralement vilipendé pour l’inadaptation des infrastructures (*X-Rays*, toilettes et escalators) au nombre de passagers. « We are a small country that plays a disproportionately important role in the global financial economy. Our airport should reflect that ambition », écrit ainsi l’entrepreneur Steve Bernat. Interrogé au sujet de *ce shitstorm*, le ministre de l’Économie nie toute image négative véhiculée par l’aéroport. Le Findel dépend de toute façon du ministère des Transports. Voilà pour la coordination. Et le coût de la cellule image de marque (qu’il faudra demander à la toute fin de la conférence de presse) ? Deux millions d’euros de budget de fonctionnement réguliers auxquels s’ajoutent 1,3 million cette année pour diverses campagnes. ●



Léiwen RTL,

ech sinn am Prinzip interesséiert un Diskussiounen, déi sachlech verlafen an op Fakte baséieren. Déi brauchen net langweileg ze sinn. Ech hunn näischt géint eng clever Provokatioun oder en handfeste Sträit, sou laang d'Argumenter d'Strooss halen an et ëm d'Saach geet. Du awer, RTL, bass e Pressemedium. Amplaz dech drop ze konzentréieren, däi Public sachlech a faktebaséiert ze informéieren, wëlls du (op d'mannst: och), wat méttlerweil a bedauerlecher Weis déi meescht Pressemedie wëllen: Klicks. Dofir geet et dir net duer, datt an enger Gespréichsronn Leit iwwert en Thema schwätzen, mat deem se sech auskennen. Et muss anscheinend och ëmmer ee mat um Dësch setzen, dee fir Duercherneen an zweifelhaft Aussoe suergt. Wat dobäi erauskënnt ass a mengen Aen mat Momenter just nach en Hin an Hier ouni Sënn. Du nenns et, mat enger, wéi ech unhuelen, gespillter Naivitéit: eng kontrovers Diskussioun.

Datt s de et den 18. Juni mat denger Spezial-Emissioun iwwert d'Lëtzebuurger Sprooch op esou eng „kontrovers Diskussioun“ ofgesinn hëss, konnt een un denge Gäscht erkennen. Zum Deel huet däi Choix tatsächlech dat versprach, op dat ech jo hoffen (eng sachlech, faktebaséiert Diskussioun). Beim Pierre Reding, dem Kommissär fir d'Lëtzebuurger Sprooch, konnt een domat rechnen, datt e géif erklären, wat vu staatlecher Säit alles ënnerholl gëtt, fir d'Lëtzebuergesch ze stäerken. Dat huet den Här Reding och gemaach. En huet ënner anere erkläert, wéi fir d'Personal aus dem Gesondheitssecteur Coursen organiséiert ginn, déi zu engem Sproochniveau solle féieren, op deem eng normal Konversatioun méiglech ass. En huet erzielt, wat bei de Coursë fir Leit, déi fir „Hëllef doheim“ schaffen, schonn alles funktionéiert, a wat de Kulturministère wëlle huet, fir besser Donnéeën iwwert de Gebrauch vun der Lëtzebuurger Sprooch ze kréien. D'niicht war de Sérgio Ferreira vun der Asti invitiéiert, warscheinlech well s de geduecht has: Dee ka soen, wéi d'Efforte vun der Regierung bei Leit ukommen, déi nei op Lëtzebuerg kommen, a wat zousätzlech Besoine fir d'Integratioun sinn. Dat huet den Här Ferreira och gemaach. Hien huet drop higewisen, datt et ville Leit net um Wëlle feelt, Lëtzebuergesch ze léieren, mee datt et Situatiounen gëtt, déi hinnen et schwéier maachen. Wa se de ganzen Dag schaffen an no hire Kanner kucken, bleift dacks einfach keng Zäit fir Sproochcoursen, a fir administrativ Demarchë brauchen se fir d'éischt Franséisch. Den Här Ferreira ass ganz bescheiden opgetrueden, en huet op d'Limite vu senger Expertis higewisen, a gesot, wou seng Aussoen net op wëssenschaftlechen Daten, mee just op senger perséinlecher Erfahrung baséieren. Dat hunn iwwregens och den Här Reding an d'Mélanie Wagner vun der Uni Lëtzebuerg gemaach, déi s de invitiéiert has, RTL, fir datt si kéint soen, wéi d'Situatioun vun Lëtzebuergesch an déi Efforten, déi gemaach ginn, fir d'Lëtzebuergesch ze féideren, aus enger wëssenschaftlecher Perspektiv ze bewäerte sinn. Dat huet d'Madamm Wagner och gemaach. Si huet erkläert, wéi de Statec bei senger Ëmfro vun 2023¹ d'Froen hätt kënne méi prezis stellen, fir datt ee mat den Erkenntnisser méi hätt kënne ufänken. Si konnt och erklären, wat mat der méisproocheger Sproochelandschaft zu Lëtzebuerg gemengt ass an op wéi eng Manéier d'Lëtzebuergesch am ëffentleche Raum visibel ass.

Voilà. Dräi Leit, déi sech auskennen, an dann nach eng véiert Persoun. Éiert ech op déi ze schwätze kommen, rechnen ech der kuerz vir, ween s de anscheinend net um Schierm has: Du wollts zwar onbedéngt iwwert de Projet

Oppene Bréif vum Elise Schmit, als Reaktioun op den RTL-Spezial vu leschtem Donneschdeg

Alpha an iwwert d'Schoul schwätzen, has awer keen aus dem Educationnsministère gefrot. Du wollts och iwwert de Sproochgebrauch vun de Jonke schwätzen, super Iddi, mee du bass net drop komm, eng Persoun ze invitéieren, déi selwer jonk ass oder mat Jonke schafft. Mir wär do zum Beispill d'Nicool agefall – mat deem hëss de béides ofgedeckt, an doriwwer eraus och de kreativen Ëmgang mat der Sprooch, un deem s de fir de Rescht iwwerhaupt net schéngs geduecht ze hunn.

Du wollts, datt eppes lass wär an denger Diskussiounsronn, an do huet missen ee setzen, deen net mat allem d'accord wär. Du wollts eng Zort Equilibre. An och wa guer keen als „Feind“ vun der Lëtzebuurger Sprooch dobäi war, am Géigendeel! – déi Leit setze sech jo schonn duerch hir beruflech Aktivitéit fir de Stewuert vum Lëtzebuergesch an –, hues du anscheinend ee gesicht, dee sech als „Retter“ vum Lëtzebuergesch kéint inzenéieren. Dat hätt en Invité aus dem hoffnungslos reaktiounäre Klibbchen Actioun Lëtzebuergesch kënne sinn. D'Actioun Lëtzebuergesch setzt sech, zanter se gegrennt gouf, fir méi Lëtzebuergesch am ëffentleche Raum an, zum Beispill op de Schëlter mat den Nimm vun den Dierfer. Ee vun hire Memberen hätt vläicht kënne erklären, wéi d'Lëtzebuergesch doduerch no vir bruecht gëtt, datt ee „Virwëlzbrout“ seet amplaz „Pain surprise“². Ech kann nëmme roden: Vläch wolls de evitéieren, datt d'Leit laachen. Well wann een et op Klicks ofgesinn huet, zitt d'Roserei méi wéi den Humor.

Amplaz vun engem Expert hues du also e Politiker invitiéiert, an zwar just een. Komesch, huet da just eng Partei eng Positioun zur Lëtzebuurger Sprooch? An d'Sendung kouw de Fred Keup, e Mann, dee sech bis elo – ech soen dat mat vill guddem Wëllen – héchstens abstrakt fir d'Lëtzebuergesch agesat huet, also ouni, souwäit ech weess, iergend eng konkret Measure selwer ëmzesetzen. De Fred Keup ass e Mann, vun deem s de hues misse wëssen, datt en eng gestéiert Relatioun zur Wourecht huet. Och dat soen ech mat vill guddem Wëllen, well mir sinn eis bewusst, du an ech, RTL, datt de Fred Keup amstand ass, souguer dann nach an aller Ëffentlechkeet d'Wourecht ze leegnen, wann déi fir jidderee muss evident sinn³. Dee Rage bait am Kostümm wollts du an denger Gespréichsronn, an ech froen dech: Fënns de dat wierklech gutt, e Gespréich schonn am Virus esou ze sabotéieren? Well wat bei där Diskussiounsronn erauskouw, konnt ee komme gesi wéi e Gidderzuch op riichter Streck.

De Fred Keup war natierlech net komm, fir sachlech ze sinn oder sech un d'Fakten ze halen. En huet Saache gesot, vun deene rätselhaft ass, wéi en dru kënnt: Seng Erfahrung als Proff an engem Lycée hätt him gewisen, datt déi meescht Proffen hire Coursen op Lëtzebuergesch halen, och wann de Programm eppes anescht virgesäit. Stoung den Här Keup a senger fräie Stonnen hannert den Dieren, senge Kolleegen nozelauschten? Oder wollt e just soen, datt hee selwer sech net un de Programm gehalen a säi Geoscours op Lëtzebuergesch gehalen huet?

Ech froe just, well däi Moderator huet dat net gemaach. De Fred Keup huet och Saache gesot, déi net stëmmen, zum Beispill, datt ee keen Däitsch hätt, wann een op der franséischer Filère fir Educateur léiert. Et konnt keen e corrigéieren, du has jo aus der Education kee geruff. A keen huet drop higewisen, datt den Dave Delvaux, den Auteur vun der ominéiser Petitioun 4004, déi freet, datt a verschiddene Beruffer d'Lëtzebuergesch obligatoresch soll ginn, Member vun der ADR ass. Dat bedeit: Amplaz e Gesetzesentwurf an d'Chamber ze bréngen, verkeeft d'ADR hir Iddien als Positioun vum „Mann vun der Strooss“ a stellt sech fir de Rescht domm. Se mécht, wéi wa se net wéisst, datt et schonn e Gesetz gëtt, dat d'Lëtzebuergesch fir d'Leit aus dem Gesondheitssecteur virschreift. Ëmmer nees huet de Fred Keup d'Gespréich gestéiert. Iwwert deenen anere Gäscht hir Baiträg sot en dann, e wär „skeptesch“ oder „d'Realitéit“ wär eng aner. Stéckhaltig Beweiser huet e keng geliwwert, a Léisungsvirschléi hat en och net, et sief dann: Et sollt een ëmmer als éischt Lëtzebuergesch mat Leit schwätzen, an et sollt méi Schëlter op Lëtzebuergesch sinn. Déi zweet Fuerderung huet e sech vun der Actioun Lëtzebuergesch geléint, fir déi éischt waarden ech dann op eng grouss Sensibilisierungscampagne vu senger Partei.

Léiwen RTL, wat och ëmmer dat war, wat s de wollts, et war keng sachlech, op Fakte baséiert Diskussioun. Direkt am Ufank huet däi Moderator Pit Everling nom „Gesondheitszoustand“ vum Lëtzebuergesch gefrot. Firwat vu vir eran esou eefälleg pathologiséieren? A firwat gees de fir d'éischt belibeg Meenunge vu belibeg Leit vun der Strooss fir e Video sammeln, fir dann ze soen: „Mir gesinn, d'Leit hunn deels ganz ënnerschiddlech Vuen.“ Konnt ee sech eppes anescht erwaarden? A wann de Fred Keup dann dee Sammelsurium op en



erfonnte gemeinsamen Nenner bréngt a behaupt, déi meescht Leit géifen d'Lëtzebuergesch a Gefor gesinn, sees de, a nee, d'Leit op der Strooss ze froen, dat wär awer keng wëssenschaftlech Bestandsopnam.

Ech soen der, wat do passéiert ass, RTL, du hues dem Fred Keup seng Bäll aus Ressentimenter a schlechtem Wëllen neelech virun de Fouss geluecht; du hues all Moment vun der Diskussioun direkt nees op seng haltlos an zum Deel falsch Behauptungen zeréckgeféiert. Dat ganz Ge-spréich huet sech ëm de Fred Keup gedréit, och well deen d'Wuert méi dacks ergraff huet, wéi däi Moderator him et ginn huet, well en deenen aneren an d'Ried gefall ass an zu all Behauptung, déi him net gepasst huet, e süffisant Grinse parat hat. Op dat s du natierlech hues missen d'Kamera halen. Ee Gléck fir dech, RTL, datt de Kommissär fir d'Lëtzebuurger Sprooch sech am leschte Moment d'Wuert gefrot huet fir ze soen, et wär him fir d'Lëtzebuergesch net baang. Ech weess net, wat heen oder déi aner zwee Leit zum Schluss geduecht hunn. Ech hoffe wuel: datt se déi nächst Kéier Nee soen, wann s de se zesumme mat engem invitiéiers, dee guer net kënnt, fir un engem Austausch deelzehuelen. Ech an hirer Plaz hätt keng Loscht gehat, am Laf vun der Sendung ze mierken, datt ech grad muss nokucken, wéi de Sender e Brandstëfter legitiméiert an him nach de Brandbeschleuniger an de Grapp dréckt. ● ELISE SCHMIT

¹ Recensement de la population 2021 (Premiers résultats, n°8): Une diversité linguistique en forte hausse, 2023

² <https://www.actioun-letzebuergesch.lu:13.06.2026> – Generalversammlung 2026.“ (opgeruff den 22.06.2026)

³ Zum Beispill am Interview vum 03.10.2023 um Mikro vum Rick Mertens um *Radio 100,7*

D'un offshore à l'autre

III | Pierre Sorlut

De la géopolitique à la transition énergétique, Jan De Nul répond aux grands défis de notre temps et engrange les bénéfices. Les liens avec le Luxembourg sont forts. Les retombées économiques encore floues

Les navires sous pavillon luxembourgeois de Jan De Nul écu-ment les mers pour résoudre « quelques-uns des plus importants défis de notre temps ». Le site du groupe Jan De Nul égraine les projets dans lesquels s'implique le groupe familial fondé en Belgique en 1938 et basé au Luxembourg depuis 2008. En matière de transition énergétique, le « Vole-au-vent », navire de pose auto-éleveur, installe depuis le mois d'avril les fondations des fermes éoliennes *offshore* au large des côtes normandes. Les deux méga câbliers (les plus grands jamais construits), « Fleeming Jenkin » et « William Thomson », œuvreront pour ramener sur le continent l'énergie produite en mer pour les réseaux de TenneT aux Pays-Bas et en Allemagne. S'ajoute la problématique géopolitique : depuis l'attaque sur le gazoduc Nordstream, les infrastructures de l'énergie et des données doivent parfois être protégées. Le navire d'enrochement « George W. Goethals » recouvre les câbles et prévient les sabotages, « une demande croissante ». S'ajoute la problématique de la souveraineté. « Le discours a changé depuis l'année dernière en Europe. On parle plus de souveraineté et d'indépendance énergétique que de défi climatique », note Philippe Hutse, directeur énergie *offshore* chez Jan De Nul, dans un entretien mercredi avec le *Land*. Et dans ces secteurs, un pays européen fera davantage appel à un opérateur du Vieux Continent comme Jan De Nul, DEME (belges), Van Oord ou Boskalis (néerlandais).

Jan De Nul répond au nouvelles injonctions. « From the rising sea level to the energy transition, from polluted soil to sustainable living : we engineer solutions that future-proof our world », promet le groupe sur son site. Les résultats financiers attestent. Les revenus ont doublé depuis 2020. Jan De Nul bat record après record en termes de chiffre d'affaires. Il s'établit à 4,2 milliards d'euros en 2025. Le bénéfice augmente dans la même mesure, à 458 millions d'euros. « Ce qui est très satisfaisant », commente le CFO Jan Neckebroek face au *Land*.

Officiellement, Jan De Nul ne distingue que deux lignes d'affaires, les activités maritimes et la construction. Cette dernière est principalement menée sur terre, avec la conception de bâtiments, les travaux d'infrastructure et la dépollution de sols. Jan De Nul réalise par exemple les hangars ultra-sécurisés qui accueilleront les F-35 achetés par la Belgique. Oui, la défense est aussi un centre de profit. Les revenus de Jan De Nul se partagent à 75-25 pour cent depuis une quinzaine d'années entre les deux lignes d'activités. « Bien sûr, ce n'est pas un secret, beaucoup d'investissements ont été réalisés dans les navires *offshore* ces dernières années », ajoute Jan Neckebroek. Le nombre de navires dédiés à ces activités rattrape maintenant celui des dragueurs.

Le retour de la géographie

L'Europe est le continent où Jan De Nul est le plus actif (cinquante pour cent de son chiffre d'affaires). Mais le groupe aux 8 800 employés opère sur toute la planète (à l'exception des pays sanctionnés comme la Russie ou la Corée du Nord). L'entreprise a fraîchement obtenu la concession de l'entretien de la Río Paraná, voie fluviale qui permet l'acheminement d'une partie considérable de la production agricole sud-américaine vers l'Océan atlantique. Un marché de dix milliards de dollars

Le Vole-au-vent, navire de pose auto-éleveur, au large des côtes normandes

Jan De Nul Group

brigué également par la concurrence, selon la presse spécialisée. Mais qui n'est pas sans risque, notamment pour le concessionnaire, exposé qu'il est aux aléas environnementaux comme le phénomène El Niño et la sédimentation contre laquelle Jan De Nul devra se battre (alors que le revenu reste lié au tonnage des marchandises en transit).

Under puis Top Dog

Le récent blocus du détroit d'Ormuz (voir ci-dessous) ou l'échouage du Ever Given en 2021 dans le canal de Suez (qui y avait bloqué le trafic) replacent la géographie au cœur des enjeux commerciaux et politiques. Jan De Nul devient de plus en plus important pour assurer les routes commerciales. Le groupe avait d'ailleurs œuvré à l'élargissement du canal de Suez (en 2015-2016) et à la modernisation de celui de Panama. Et sa direction ne rechignerait pas au très ambitieux (voire irréaliste) projet de creusement d'un canal de Dubaï à Fujairah pour éviter le détroit d'Ormuz : « Nous serions très heureux si les Émirats décidaient de creuser ce canal ».

Quand certains rêvent de fortune dans l'espace, d'autres la réalisent sur Terre, principalement en mer, et depuis un pays sans accès maritime. En tout cas pour une partie des opérations. L'arrivée de Jan De Nul au Luxembourg tient, comme CLDN (anciennement Cobelfret), à un changement de régime fiscal en Belgique dans les années 1980. Les syndicats, le patronat et le gouvernement belges étaient parvenus à un accord pour immatriculer les bateaux dans une juridiction voisine (et ne pas les laisser filer vers des juridictions de complaisance) contre la promesse de conserver les équipages belges. La Belgique et le Luxembourg se sont entendus et le pavillon au lion rouge est né (en 1990).

Arrivé avec deux employés à Steinfort en tant qu'*underdog* du marché et pour des raisons purement fiscales, le groupe familial Jan De Nul a progressivement étoffé sa présence au Grand-Duché... puis d'en faire le lieu de son siège, à l'invita-

Bloqués depuis la fermeture d'Ormuz

Jan De Nul exploite six navires (des dragueurs) dans le Golfe persique. « Les projets n'ont pas été arrêtés, mais nous avons été techniquement gênés dans nos opérations à cause du brouillage et du *spoofing* (la falsification délibérée des données d'identification des navires, ndr) opérés par l'Iran, les États-Unis ou d'autres », explique Jan Neckebroek. Jan De Nul travaille à l'extension du réseau d'îles artificielles Palm Tree à Dubaï. « Trois de nos navires sont encore bloqués dans le Golfe et nous surveillons la situation pour les réallouer sur d'autres sites », poursuit le CFO. Pour l'heure le transit est principalement autorisé pour les pétroliers. PSO

tion de Jeannot Krecké. Le ministre de l'Économie misait alors sur la diversification par la logistique et le *headquartering*. « Nous n'avons pas envisagé le Luxembourg pour y mettre une boîte aux lettres mais y développer notre activité », témoigne le CFO. Jan De Nul dit aujourd'hui y employer 200 personnes (le ministère de l'Économie parle de 75 employés) dans ses 5 000 m² aménagés à Capellen en 2011 (où se trouve aussi un centre de formation équipé de deux simulateurs pour les pilotes). 500 marins sont également employés sur les bateaux sous le droit du travail luxembourgeois (avec des aménagements fiscaux). 71 navires de Jan De Nul arborent le drapeau au lion rouge (sur 193 navires commerciaux inscrits au registre luxembourgeois), dont 17 navires d'installation d'énergie *offshore*, des bateaux conçus selon les besoins par cette société née dans l'ingénierie. Le CFO Jan Neckebroek vante les relations avec le Commissariat aux affaires maritimes, « toujours prêt à écouter nos préoccupations ». Avec le ministre des Affaires étrangères également. En 2024, Xavier Bettel (DP), ses services et le Commissariat aux affaires maritimes ont assigné le Mexique pour qu'il libère un navire de Jan De Nul bloqué abusivement dans le port de Tampico. Les résultats ont porté leurs fruits en mars dernier.

En 2003-2004, de nombreux armateurs belges avaient rapatrié leurs navires à la faveur d'un allègement de la charge fiscale sur la flotte marchande. Mais ces dispositions ne s'appliquaient pas aux dragueurs. Aidé par un développement commercial remarquable, Jan De Nul s'est retrouvé parmi les deux (grands) protagonistes sur la (petite) scène maritime luxembourgeoise. « Une entreprise dynamique, l'un des porte-étendards du secteur, qui est de toute les missions économiques et pour qui le gouvernement a une oreille attentive », témoigne l'ancien ministre de l'Économie, Franz Fayot (LSAP), face au *Land*. Etienne Schneider (LSAP) en 2012, Franz Fayot en 2021, Lex Delles (DP) en 2024 : les ministres de l'Économie se déplacent chez Jan De Nul dès le début de leur mandat. Le groupe belgo-luxembourgeois est devenu systémique et a presque un État à son service. Les réglementations collent en tout cas aux revendications du cluster maritime. Le registre des entrevues renseigne une rencontre de ce dernier avec Franz Fayot en janvier 2023. Le ministre avait demandé un verdissement de la flotte (dans le cadre de l'initiative *greenshipping*). Le lobby avait accepté en échange d'incitatifs et d'autres aménagements pour favoriser l'acquisition de navires depuis le Grand-Duché... via lequel Jan De Nul investit des milliards. Un projet de lifting de la loi de 1990 instituant le pavillon luxembourgeois a été déposé à la Chambre avec ces dispositions.

Autre signe de la bonne entente entre les autorités et Jan De Nul, deux anciens ministres (socialistes) figurent au conseil d'administration de la holding, Sofidra : Jeannot Krecké et Etienne Schneider (qui siègent ou ont aussi siégé au *board* d'ArcelorMittal, sur qui ils exerçaient aussi une tutelle). Face au *Land*, Philippe Hutse, explique la présence des deux Luxembourgeois par leur expertise sur « les opportunités potentielles »

Un porte-étendard du secteur maritime qui ne hisse pas bien haut le lion rouge

de marché et sur « les risques géopolitiques ». « Ils nous aident aussi à accéder à un réseau plus large, même si ces connexions datent de quelques années », poursuit Hutse. La dimension internationale du marché prospecté par Jan De Nul peut par exemple bénéficier de l'entregent qu'Etienne Schneider avait cultivé au Moyen-Orient (où l'alternance politique n'est pas spectaculaire).

Imposition minimale mondiale

Dur de dire dans quelle mesure le secteur maritime (qui bénéficie d'un régime fiscal préférentiel contribue à l'économie luxembourgeoise. Une étude « confidentielle » conduite en 2025 pour le cluster maritime évoque 2 222 emplois et 11,3 milliards d'euros de revenus (dont la moitié ou presque pour Jan De Nul), informe le Boulevard Royal. Les recettes directes liées au pavillon ne compensent néanmoins pas les dépenses publiques (directes). Pas même la moitié. En 2025, la redevance pour le registre maritime avait rapporté 1,6 million d'euros (dont 1,4 pour le registre commercial). L'État a payé 3,7 millions pour faire fonctionner le Commissariat aux affaires maritimes, qui supervise le pavillon au lion rouge.

Bien que sollicitée, Jan De Nul ne communique pas d'information sur son impact économique local. La déclaration comptable de charge fiscale informe peu sur l'argent effectivement versé au fisc. Fait notable, la société doit provisionner (à hauteur de 14,5 millions d'euros) au Luxembourg le taux d'imposition minimal mondial de quinze pour cent (pilier 2). Mais la firme est assise sur un matelas de 420 millions d'euros de pertes reportables et de 155 millions d'économies potentielles d'impôts futurs. Pas de quoi froisser la direction donc. Jan Neckebroek voit Jan De Nul rester durablement : « Nous voyons vraiment le Luxembourg comme notre siège social. » On ne le crie pas sur les toits non plus. Sur le site internet, la frise chronologique retraçant l'histoire du groupe presque centenaire ne mentionne jamais le Luxembourg... alors que l'armateur et constructeur y a son siège depuis 2008 et que parmi les dates figure l'extension du bâtiment d'Alost (en 2005). En 2018, le management de Jan De Nul s'était ému de se retrouver dans le volet belge (francophone) de l'enquête journalistique internationale, Openlux. Le groupe avait été accusé de ne pas avoir de substance au Grand-Duché. L'État et Jan De Nul ne mènent par ailleurs aucun projet commun, qu'il s'agisse de la défense ou de la transition énergétique. ●

Dans le cadre de la visite d'État en Belgique, le 17 avril 2024 à Alost : Yuriko Backes, Xavier Bettel, Julie de Nul (CEO de Jan de Nul Group) et Etienne Schneider, administrateur de Jan de Nul Group



Maison du Grand-Duché / Sophie Margue

Coûts de chaleur

IIII Georges Canto

Baisse de la productivité, hausse des coûts énergétiques, investissements dans infrastructures... le réchauffement constitue un défi économique

Curieuses conséquences, pour les agriculteurs, de l'intense vague de chaleur qui frappe l'Europe depuis le 17 juin : la production de lait de vache a baissé de vingt pour cent et les œufs de poule deviennent trop petits pour être vendus dans les grandes surfaces. La répétition des épisodes de canicule impacte tous les secteurs d'activité, notamment l'agriculture, le bâtiment et les transports, mais aussi la vie sociale (écoles fermées, examens reportés) et la santé publique, en raison de la surmortalité qu'ils occasionnent.

Alertés par le phénomène, les décideurs politiques et économiques considèrent maintenant les études et travaux qui se sont multipliés sur ce thème depuis quelques années. Parue en septembre 2025, l'étude d'impact menée par l'université de Mannheim et la BCE évaluait à 43 milliards d'euros le coût pour l'économie européenne de la combinaison des vagues de chaleur, des sécheresses et des inondations de l'été 2025. L'Espagne était le pays le plus touché, devant l'Italie et la France, avec 12,2 milliards d'euros soit 2,4 pour cent de la valeur ajoutée brute du pays.

Pis encore, comme l'impact économique est appelé à persister pendant plusieurs années et que la fréquence des vagues de chaleur augmentera, la facture européenne pourrait atteindre 126 milliards d'euros en 2029, soit presque trois fois plus qu'en 2025. C'est cette dimension prospective qui intéresse surtout les gouvernements.

« Beat the Heat »

Sur ce plan, la publication le 17 juin du Cahier d'études n°209 de la Banque centrale de Luxembourg (« Beat the Heat, the Role of Heat Waves and Droughts in Regional EU Economies »¹) ne pouvait pas mieux tomber, au début d'un nouvel épisode de canicule, le deuxième en deux mois. Le document simule « les effets économiques d'un scénario extrême de vague de chaleur et de sécheresse composées, analogue aux conditions observées en 2022 ». Assez logiquement c'est l'agriculture qui connaîtrait les plus importantes

« *Il est urgent d'éradiquer les bouilloires thermiques* »

pertes de croissance réelle du PIB par habitant avec un déficit moyen de 4,54 points de pourcentage par rapport à une référence sans anomalie, les impacts les plus prononcés (jusqu'à dix points dans certaines régions) étant concentrés en Europe de l'Est.

L'industrie au sens large (englobant les mines, la production manufacturière, l'énergie et l'approvisionnement en eau) subirait des pertes moindres avec un déficit limité à 0,75 point. En son sein le secteur manufacturier demeurerait globalement insensible (0,11 point en moyenne). Malgré tout, comme ce dernier a représenté en moyenne près de 17 pour cent de la valeur ajoutée brute de l'UE entre 2002 et 2022, tandis que l'industrie hors construction et production manufacturière pesait 3,15 pour cent et l'agriculture, la sylviculture et la pêche 1,9 pour cent, « même de faibles baisses en pourcentage du secteur manufacturier peuvent se traduire par des pertes absolues économiquement significatives ».

Une étude récemment publiée par Allianz², établit également un diagnostic inquiétant. Les épisodes de stress thermique ont été multipliés par sept depuis les années 1980, et constituent un facteur structurel de fragilité en raison, entre autres, d'une

population vieillissante très sensible à la canicule (le nombre moyen de décès par épisode a quintuplé en quarante ans), d'un parc immobilier urbain dense qui retient la chaleur et d'infrastructures de refroidissement largement sous-développées, avec un taux de pénétration de la climatisation de 19 pour cent en moyenne en Europe contre environ 90 pour cent aux États-Unis.

Se fondant sur un scénario de crise dans lequel les cinq années les plus chaudes observées dans chaque pays entre 2014 et 2024 seraient reproduites sur la période 2026-2030, les pertes cumulées (en fait, le manque à gagner) atteindraient cinq à sept pour cent du PIB dans les économies les plus exposées, soit en valeur 354 milliards de dollars pour le Japon, 240 milliards pour la France, 147 milliards pour l'Italie, 131 milliards pour l'Allemagne et 120 milliards pour l'Espagne.

« Too Hot to Grow »

La transmission du stress thermique à l'économie intervient au-dessus du seuil critique de 30°, et s'exerce principalement par le biais de la main-d'œuvre : les heures de travail diminuent et les salariés sont moins efficaces. La production horaire diminue d'environ 1,3 dollar (soit environ trois pour cent de la moyenne observée dans l'échantillon entre 2014 et 2024) pour chaque degré de plus dans la fourchette de 30 à 35°C. Pour les entreprises, la baisse de la productivité intervient alors même que leur consommation d'énergie augmente d'environ 1,2 pour cent par degré, ce qui fait grimper leurs coûts. Leur rentabilité en est rapidement impactée, tandis que, dans un second temps le revenu et la consommation des ménages sont touchés. Au niveau macro-économique, un tel scénario aurait aussi une incidence délétère sur la croissance à long terme, car il prévoit une baisse des investissements atteignant huit pour cent en moyenne dans les pays touchés, supérieure aux déficits observés du côté de la consommation : elle est due au fait que la chaleur réduit les rendements attendus du capital.

Du côté des États, les coûts supplémentaires de santé et d'adaptation des infrastructures font augmenter les dépenses publiques tandis que les recettes fiscales baisseront pour cause de ralentissement de la production, avec comme conséquence une détérioration supplémentaire des déficits budgétaires (de 0,5 point de PIB en moyenne, jusqu'à 2,2 pour cent en France). L'étude d'Allianz Trade minimise la gravité de la situation, car elle se limite à l'étude des dégâts causés dans une tranche de température de 30 à 35°, un seuil couramment dépassé depuis mi-juin, avec des niveaux supérieurs à 40°.

Elle déplore l'insuffisance de la prévention des risques liés à la chaleur et, propose, conformément aux recommandations du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (GIEC), une action coordonnée sur quatre fronts. La réglementation du travail devrait instaurer des arrêts, limitations ou aménagements automatiques lorsque certains seuils de température sont dépassés, mais en même temps prévoir l'indemnisation des heures perdues.

En ce qui concerne les bâtiments et les logements, il est urgent d'éradiquer les « bouilloires thermiques ». La directive européenne, révisée en 2024, sur la performance énergétique des bâtiments, reste insuffisante au regard de l'adaptation aux vagues de chaleur. Allianz propose de rendre obligatoire, à l'occasion de rénovations, l'application de techniques de « refroidissement passif » propres à limiter la montée en température d'un bâtiment ou à en évacuer la chaleur sans climatisation mécanique (ventilation, plantations, matériaux). En revanche, les projets de climatisation massive des bureaux, logements et des lieux accueillant du public sont plus controversés en raison de l'impact écologique négatif de l'air conditionné (consommation électrique, rejet de chaleur à l'extérieur etc.)

En matière de finances publiques, si tous les grands États européens disposent d'une stratégie nationale d'adaptation à la chaleur, elle se traduit rarement par une enveloppe budgétaire pluriannuelle. Les dépenses devraient être mieux planifiées à moyen terme. Au niveau des ménages enfin, une partie même modeste de leur épargne (près de 40 000 milliards d'euros, avec une part élevée de dépôts liquides) pourrait être « fléchée », par des incitations appropriées, comme des prêts bonifiés, vers des investissements d'adaptation du parc immobilier à la chaleur extrême. La fréquence des épisodes, leur durée et leur intensité ont fait réagir les gouvernements et partis politiques des pays touchés, mais ils se limitent pour le moment à des propositions de court terme pour soulager les économies et les populations (du type « plan canicule »). Sur un plan plus stratégique, il est révélateur que le sujet du climat n'ait pas été évoqué lors du G7 d'Evian mi-juin, pour ne pas froisser Donald Trump. Le président américain a souvent mis en doute la gravité du réchauffement climatique, voire sa réalité. On ne sait pas encore, à ce stade, si les vagues de chaleur de 2026 (il pourrait y en avoir d'autres) feront bouger les lignes du côté de l'UE. ●

¹ par Léonore Lebouteiller, Sarah Spiteri, Nicole Vorderobermeier, Mar Delgado-Téllez et Andrej Ceglar

² « Too Hot to Grow : The Economic Costs of Extreme », par Hazem Krichene, Bjoern Griesbach, Jasmin Gröschl, Katharina Utermoehl et Jade Elisabeth, Allianz Trade et Allianz Research



Luxembourg-Ville, lundi



Le musée de la discorde

IIII France Clarinval

Inauguration du Mudam,
le 1^{er} juillet 2006

Retour sur la préhistoire mouvementée du Mudam avec Erna Hennicot-Schoepges l’une des chevilles ouvrières de l’institution

15

La célébration des vingt ans du Mudam aura lieu le 30 juin avec une cérémonie officielle organisée dans l’après-midi. Trois cents invités sont annoncés dont, il va de soi, le ministre de la Culture ou la Grande-Duchesse Stéphanie, qui a présidé le conseil d’administration du musée de 2014 à 2022. Jacques Santer figure également parmi les invités. L’ancien Premier ministre (CSV) fut à l’origine de la création du musée, dont la genèse remonte près de vingt ans avant son inauguration en 2006.

Au milieu des années 1980, quelques amateurs d’art, bourgeois éclairés et collectionneurs, militaient activement en faveur de la création d’un musée d’envergure. L’industriel et collectionneur allemand Peter Ludwig avait laissé entrevoir aux autorités luxembourgeoises la possibilité de mettre sa collection à disposition, à condition qu’elle soit exposée dans un établissement à la hauteur de sa valeur artistique. Par ailleurs, le Premier ministre de l’époque, Jacques Santer, avait jugé les infrastructures culturelles du Luxembourg, insuffisantes pour répondre aux aspirations d’un État européen moderne.

Et dans la déclaration gouvernementale de juillet 1989, on lit déjà : « Le gouvernement préparera la création d’un centre national d’art contemporain qui se consacrera au déploiement des divers secteurs d’activités artistiques et culturelles contemporaines. » Bernard Ceysson, à l’époque directeur du Musée d’art moderne de Saint-Étienne et Wolfgang Becker, alors directeur de la Sammlung Ludwig à Aix-la-Chapelle reçoivent la mission d’en élaborer une préfiguration. On notera au passage qu’il s’agit bien d’art contemporain et non d’art moderne. Ce dernier qualificatif n’apparaît qu’à partir de la loi de 1996 qui crée le musée. « Jacques Santer a proposé la création du musée pour marquer les 25 ans de règne du Grand-Duc Jean. Il s’agissait bien d’art contemporain car la Grande-Duchesse Joséphine-Charlotte comptait parmi les collectionneuses averties, elle côtoyait par exemple Wim Delvoye », rembobine Erna Hennicot-Schoepges, ancienne ministre de la Culture et des Travaux publics (CSV) face au *Land*. Elle a soutenu et suivi le projet pendant les longues années de travaux.

À la même époque, François Mitterrand inaugurerait la Pyramide du Louvre, symbole à la fois de prestige et d’audace, de pouvoir et d’affirmation esthétique. Son architecte, Ieoh Ming Pei est contacté en 1990 pour concevoir le musée Grand-Duc Jean. « L’architecte est venu à Luxembourg pour visiter les lieux qui étaient envisagés : le plateau Saint-Esprit, la place de l’Étoile ou l’emplacement actuel, au Dräi Eechelen », poursuit l’ancienne ministre. Il reste difficile de déterminer si l’architecte ou le Premier ministre a finalement imposé ce choix. Toujours est-il que la première levée de bouclier porta sur cet emplacement. Les premières maquettes offrant de généreux espaces d’exposition, intègrent l’ancien Fort Thüngen avec l’idée de symboliser un pont entre le patrimoine et le contemporain, entre l’ancien et le moderne. Les Amis de la forteresse et le directeur du Service des Sites et Monuments nationaux, Georges Calteux mènent alors la bataille sous la devise *D’Fangeren ewech vun den Dräi Eechelen !* (Ne touchez pas aux Trois Glands !). La pétition, lancée en 1991 par le Comité pour la défense du Fort Thüngen, recueille près de 15 000 signatures.

Après les élections de 1994, le projet de musée d’art contemporain semble voué à l’abandon. Jacques Santer a rejoint la Commission européenne à Bruxelles. Jean-Claude Juncker ne manifeste qu’un intérêt limité pour le dossier. Mais il refait surface dans l’enthousiasme de l’année culturelle de 1995, quand le manque d’infrastructures se fait criant. « On en était là quand je suis arrivée au ministère de la Culture. Mon premier geste, a été de rencontrer l’architecte Pei. Je suis allée à New York où il m’a reçue. Cette rencontre demeure un souvenir marquant, un grand monsieur. » La ministre de la Culture et le ministre des Travaux publics, Robert Goebbels (LSAP) œuvrent à un compromis. « Pei a accepté de réduire son projet et finalement, de retirer le passage entre le musée de la Forteresse et le musée Grand-Duc Jean. » Dans une interview au *Land* en mars 2006, Ieoh Ming Pei revient sur ces changements : « I did not want to destroy the fortress. I wanted the Trois Glands to be the front door to the building, so that we would exhibit the history of the fortress in the old walls. The only addition that I put in there

En 1989 le musée porte bien le qualificatif de contemporain. Le terme moderne n’apparaît qu’en 1996

was a café on top of the Fort. But this created a tremendous opposition. They said ‘You may not see the Trois Glands as that important, but we think they are some of the things we are proud of.’ I respected that, and so I turned the backdoor into the front door. »

Un projet plus petit coûterait moins cher, la forteresse ne subirait aucune transformation et le terme contemporain serait gommé du nom, même si tout le monde, à commencer par ses détracteurs, disait « Musée Pei ». Ce changement de désignation « un compromis pour apaiser les esprits » sera pourtant source de confusion. Le projet de loi sur la construction obtient l’approbation des 38 députés du CSV et du LSAP en décembre 1996. Les critiques visant l’absence de concept précis ou les difficultés liées à la constitution d’une collection valable ont pris relativement peu de place. La controverse portait essentiellement sur le site et le coût. Le texte concernant le musée de la Forteresse arrive devant la Chambre des députés le même jour et connaît le même sort : 38 voix pour, 22 contre. Le calme avant la tempête.

[...]

[Suite de la page 15]

L'accalmie fut de courte durée. Pendant de long mois, le chantier, dont la première pierre fut posée en 1999, resta à l'arrêt en raison d'un imbroglio autour des pierres naturelles qui devaient habiller toute l'enceinte du bâtiment. L'architecte Pei tenait absolument à un parement en Magny Doré. Une pierre couleur miel, particulièrement résistante dans le temps qu'il avait utilisée au Grand Louvre, à l'hôtel Four Seasons de New York et au Deutsche Historische Museum à Berlin. L'entreprise qui avait remporté la soumission pour la livraison et la pose des pierres rencontrait des difficultés à honorer ses engagements et voulait livrer des pierres qu'elle jugeait de qualité équivalente. Un bras de fer avec l'Administration des bâtiments publics a pris des relents politiques car l'entrepreneur était membre de l'ADR, notoirement opposé au projet. La presse en a fait un feuilleton judiciaire, reléguant l'aspect culturel et artistique du projet de musée au second plan. Même si l'État a remporté les deux procès de cette affaire, le chantier a pris plus de deux ans de retard. Erna Hennicot-Schoepges, qui à l'époque portait la double casquette de ministre de la Culture et des Travaux publics, n'aime pas revenir sur les affres de la construction du Mudam. « J'ai eu des insomnies, mais j'avais quelqu'un à la maison, mon mari, qui me disait le soir quand je rentrais : maintenant c'est fini pas de radio, pas de journaux. Et puis, j'avais confiance dans l'équipe qui travaillait aux Bâtiments publics. »

Elle préfère évoquer ce qui prit forme en attendant l'ouverture de ce qu'on allait bientôt appeler Mudam, acronyme de Musée d'art moderne, que Marie-Claude Beaud, nommée directrice en 2000, parvint progressivement à imposer. « Elle a travaillé avec beaucoup d'intelligence et de sensibilité pour faire exister le musée sans lieu. Elle a noué des contacts avec beaucoup de personnes, notamment dans des banques, pour offrir une activité et une visibilité à la nouvelle structure. » Et l'ancienne ministre de revenir sur la participation luxembourgeoise aux biennales de Venise, avec le Lion d'Or attribué à Su-Mei Tse en 2003 comme premier grand succès. Surtout, Marie-Claude Beaud insufflé un véritable vent contemporain et international avec son précepte directeur *Be the artist's guest* qui place les artistes au premier rang de sa réflexion : tout est pensé par et avec eux, y compris le site internet, le logo ou les supports de communication.

Une démarche largement incomprise, au mieux ignorée, au pire vertement critiquée, y compris par le conseil d'administration. « Ses membres restaient focalisés sur l'art moderne et non contemporain. Ils s'intéressaient à des artistes déjà bien acceptés, pas à ceux qui proposaient une démarche nouvelle », explique Erna Hennicot-Schoepges. La question de la collection a aussi nourri le débat, ravivant une querelle d'Anciens et de Modernes. Aux prémices du musée, certains notables rêvaient de voir leurs toiles de l'École de Paris valorisées aux murs du musée. L'ancienne ministre le sait bien : « J'étais soucieuse de ne pas tomber dans un guet-apens qui nous aurait mis devant une collection ou des artistes que quelqu'un voulait placer au musée alors qu'ils n'étaient pas internationalement au niveau. ». Le budget d'acquisition modeste ne pouvait de toute façon pas concurrencer les collectionneurs privés ou les grands musées internationaux. Se tourner vers la production et l'acquisition d'œuvres d'artistes bien vivants s'avérait une nécessité. Ce choix allait devenir la marque de fabrique et forger l'identité du Mudam, contribuant à sa reconnaissance internationale.

Quand le Musée d'art moderne Grand-Duc Jean ouvre enfin, en 2006, l'attente atteint son comble. Le bâtiment aura finalement coûté 88 millions d'euros, bien moins que ses voisins, la Philharmonie (107 millions) ou le Centre de conférences (96 millions). L'exposition inaugurale, *Eldorado*, présente une partie des 200 œuvres de la collection et plusieurs commandes dont la *Chapelle* de Wim Delvoye, devenue une sorte d'icône. Son démontage en 2018 a d'ailleurs suscité l'ire de ceux qui la fustigeait lors de sa création. Entre peinture figurative et installations, art culinaire et vidéo, *Eldorado* n'était pas un geste radical, mais une proposition généreuse. L'exposition laissait de la place au bâtiment tant attendu. Elle invitait le public réticent à ne pas avoir peur, avec des œuvres plutôt légères et agréables aux yeux. La seule œuvre à déclencher une polémique était *Pay Dirt* de Joe Scanlan. L'installation, réalisée à partir de marc de café, de gypse, de sciure de bois, de poudre d'os et de sels minéraux, constituait une critique de la société de consommation. Décrite comme un vulgaire tas de terre, elle incarnait à elle seule tout ce que ses détracteurs reprochaient à l'art contemporain.

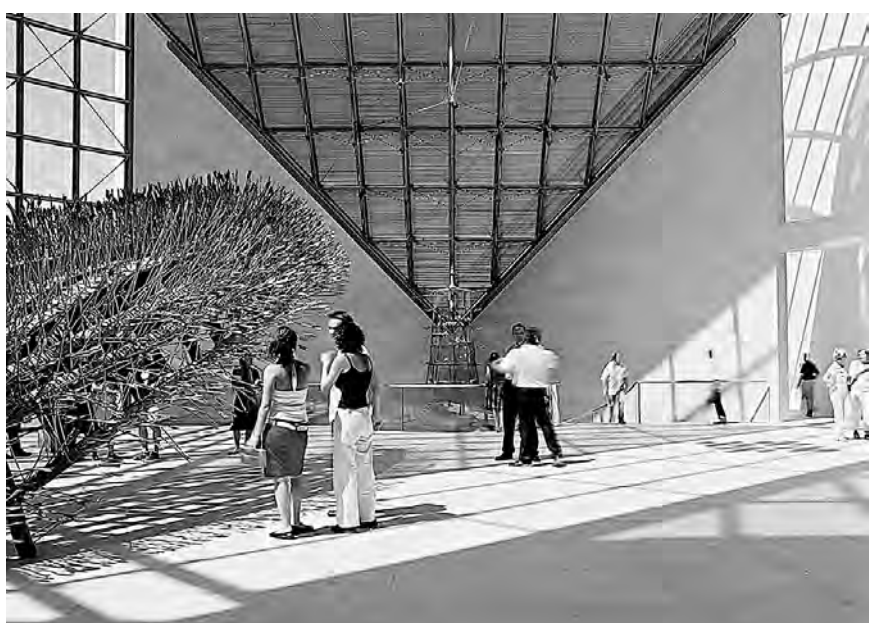
Depuis, le Mudam ne fait toujours pas l'unanimité. Tous les directeurs et directrices qui se sont succédé ont dû affronter

des polémiques, que ce soit à cause de choix artistiques (trop tournés vers la scène internationale, trop élitistes...), de questions de gouvernance, de gestion du personnel, de budget. « C'est le sort de l'art contemporain de ne pas plaire à tout le monde », conclut Erna Hennicot-Schoepges. ●

Vingt ans, ça se fête

Après la célébration officielle sur invitation, le public pourra lui aussi participer aux festivités du Mudam grâce aux nombreuses activités proposées du 1^{er} au 5 juillet : rencontres, spectacles, musique, visites guidées et animations familiales. Si le samedi s'adresse principalement aux familles, avec des balades contées, des visites dessinées et des ateliers, la grande fête se déroulera le vendredi. Les festivités débuteront à 17 h 30 avec un set de Black Thunder, qui cédera ensuite la place à Maeve Moayedî pour un concert mêlant jazz et sonorités de la nature. Le voyage se poursuivra sous le signe du métissage culturel avec le DJ set de Katy de Jesus, qui marie ses racines portugaises à la vibe berlinoise. La programmation prendra ensuite une tonalité plus germanique avec une performance audiovisuelle d'Alva Noto, star de la musique électronique expérimentale, connu pour ses collaborations avec des artistes tels que Ryuichi Sakamoto. La soirée s'achèvera avec un DJ set de Courtesy, artiste danoise installée à Berlin. Sa démarche rappelle celle d'artistes contemporains : travail en séries, revisites d'œuvres antérieures et réappropriations. La fête se terminera à 1 heure du matin, bien plus tôt que celle du dixième anniversaire, qui s'était prolongée toute la nuit.

Pendant toute la semaine, l'entrée du musée sera gratuite. L'occasion de découvrir la nouvelle exposition *Video Killed the Radio Star*, qui réunit une cinquantaine d'œuvres signées par 42 artistes, dont une part importante provient de la collection du Mudam. Cette dernière occupe également une place centrale dans un ouvrage publié à l'occasion de l'anniversaire, retraçant l'histoire du musée à travers cent œuvres et revenant sur la conception du bâtiment par I. M. Pei. Le livre s'ouvre sur une introduction de la directrice Bettina Steinbrügge, suivie d'un essai de Marie-Noëlle Farcy, directrice des collections. FC



En 2006 :
Pei et
Erna Hennicot-
Schoepges,
Pay Dirt,
Marie- Claude
Beaud avec
les altesses

T
A
B
L
O

HISTOIRE



« Une vie presque bourgeoise »

« Le Prince Félix (mari de la Grande-Duchesse Charlotte) a perdu le Gréngewald dans les salles de jeu à Monte Carlo ; et le gouvernement a dû le racheter ». Cette légende, lancée au début des années trente, hante depuis bientôt un siècle le Luxembourg. La volonté du Grand-Duc Guillaume (arrière-petit-fils du Prince Félix) de reprendre la gestion de la partie grand-ducale du Gréngewald (ou de ce qu'il en reste) vient de la remettre en circulation. Ces derniers jours, on l'a ainsi retrouvée sur les réseaux sociaux et dans la section commentaires de *rtl.lu*. L'éternel retour. En 2006, c'était dans la éditoriaux et les « lettres à la rédaction » que l'histoire apocryphe avait fait une réapparition, à la suite de l'initiative avortée du Grand-Duc Henri de vendre 850 hectares du Gréngewald (que l'État avait fini par louer pour un euro symbolique).

En 1934, le gouvernement conservateur avait racheté 776 hectares du Gréngewald à la famille grand-ducale pour la coquette somme de vingt millions de francs, auxquels s'ajoutent vingt autres millions pour le Château de Berg. Tollé à gauche, le *Tageblatt* estimant « daß die Monarchie uns doch etwas teuer zu stehen kommt », l'opposition socialiste évoquant « une provocation vis-à-vis du peuple ». Son chef de file, Pierre Krier, refuse de voter en faveur du rachat, le 21 mars 1934. Les dettes de la Cour, estime-t-il au Parlement, seraient imputables à une « ganz miserable Geschäftsführung ». (Le député libéral, Marcel Cahen, estime, lui, que « la Cour a perdu une forte partie de sa fortune à la suite des événements mondiaux ».) Aussi bien la Cour que le pays seraient « in Not », dit Krier. Et d'ajouter : « Könnte man nicht dazu übergehen, den Luxus abzuschaffen ». Joseph Bech (Parti de la

droite) se montre indigné par la critique socialiste. « La fortune de la Maison grand-ducale a souffert comme toute autre fortune, petite ou grande, mais dans sa substance elle est intacte », assure le Premier ministre. Par ailleurs, « à notre Cour, tout luxe est exclu : La Famille grand-ducale mène une vie presque bourgeoise ».

Plus de 70 ans plus tard, poussé par l'ADR, Jean-

Claude Juncker doit revenir sur l'épisode. Il tente de consolider la version officielle : « Le produit de la vente [en 1934] a servi à subvenir aux frais de fonctionnement de la Maison grand-ducale et ne concernait en aucune manière un Membre de la Famille grand-ducale. Ainsi les rumeurs qui associent Son Altesse Royale le Prince Félix à la vente du Grénewald sont fausses. » BT

MUSIQUE

Arthur Stockel,

clarinette solo de l'Orchestre Philharmonique du Luxembourg depuis 2018, a été sélectionné pour la promotion Echo Rising Stars à la saison 2027/28. Chaque année, les équipes artistiques des salles membres de l'European Concert Hall Organisation (Echo)

identifient des artistes qui se distinguent sur leurs scènes nationales et sont prêts à conquérir un public européen plus large.

Né en Alsace en 1997 dans une famille de musiciens amateurs, Arthur Stockel s'est formé à Colmar, Paris et Berlin. Premier prix du Concours international de Gand en 2022, il se distingue par une approche artistique ouverte, nourrie aussi bien

par le grand répertoire classique que par le jazz et la création contemporaine. En plus de leurs tournées de concerts, les Rising Stars participent à des activités d'éducation et de médiation, commandent une nouvelle œuvre auprès du compositeur de leur choix et prennent part à des programmes de mentorat destinés à soutenir leur développement artistique et professionnel. FC

Rappel !
Tenez votre
dossier RCS et RBE
à jour.
Pour éviter des
sanctions.

VOUS ÊTES RESPONSABLE D'UNE ENTREPRISE
OU D'UNE ASSOCIATION ?

Votre dossier RCS et RBE est-il à jour ?
Agissez avant l'application de sanctions administratives.

Toute entreprise ou association doit s'assurer que ses informations soient adéquates, exactes et actuelles.

Vérifiez dès maintenant la conformité de votre dossier RCS et RBE.





Un verre en moins et tout part en fumée

IIII Loïc Millot

Trixi Weis livrera une performance pour les vingt ans du Mudam. Une création semée d'embûches

La dernière fois que nous avons rencontré Trixi Weis, c'était il y a deux ans, à l'occasion de son exposition *invisibles* à la galerie Nosbaum Reding. De la bière coulait à flot, de la musique punk s'échappait d'une bouche d'égout, pendant qu'une assemblée de marginaux sculptés dans l'argile occupait le sol de la galerie. Sous des couvertures de plastique colorées, les humbles figures ressemblaient à des fleurs ou à des étoiles terriblement terrestres. De cette façon, Trixi renouait avec ses précédentes installations horticultrices en donnant forme, une nouvelle fois, à un jardin, mais à un jardin des maudits ici. La condition des sans-abri s'accompagnait alors d'un adieu à une époque de fêtes, d'insouciance et d'ensauvagement libertaire rythmé par les Pixies (*Dead*), Grauzone (*Eisbaer*) ou Nina Hagen (*Natureträne*). Les années 1980 étaient scellées de l'inscription « *Vermisst* » apposée sur des dizaines de photos parcourant différents âges de la vie de l'artiste. La publication, peu après, d'une monographie complète de Trixi venait parachever ce mouvement de retour sur soi. Quoi dire, que faire après l'heure du bilan ?

Si l'année 2025 fut professionnellement difficile, selon les propres dires de la plasticienne, 2026 se présente sous de bien meilleurs auspices. Preuve en est, sa nouvelle série de photographies intitulée *Il était une fois* sera dévoilée au mois de septembre à la Cité de l'image de Clervaux. L'artiste vient aussi de participer à une exposition collective à Bruxelles, aux côtés de Serge Ecker, Catherine Lorent et Claudia Passeri (*Transitus Immobilis*). Et parce qu'une bonne nouvelle n'arrive jamais seule, Bettina Steinbrügge lui a proposé de réaliser une performance pour les vingt ans du Mudam, qui seront célébrés du 1^{er} au 5 juillet. C'est la première commande que reçoit Trixi Weis de la part de l'institution, depuis la direction de Marie-Claude Beaud. Le 30 juin, devant un parterre de trois cents invités Trixi aura la responsabilité d'ouvrir les festivités. Elle sera suivie d'autres artistes (Marie Jung, Marie-Christian Nishimwe ou Francesco Tristano) dont les performances, d'une durée de cinq à dix minutes, prendront place entre chaque discours. Défi considérable que de concevoir, en quelques semaines seulement,

une telle performance, plus encore à l'occasion d'un événement de cette ampleur.

Pour cette commande prestigieuse, Trixi a initialement songé à poursuivre un précédent travail qu'elle avait mené pendant le confinement, à l'invitation de Nora Wagner, lors d'une résidence partagée au Château de Bourglinster avec Carole Louis et Aurélie d'Incaux. Lors de la remise des clés à sa successeuse, elle avait réalisé une courte vidéo dans laquelle sa tête disparaissait littéralement sous une grande collerette blanche, comme celle que portent les chiens en convalescence. L'artiste se présentait dans cet accoutrement devant la caméra, s'inclinait, saluait de ses yeux malicieux, avant de repartir en coulisses comme elle était venue, latéralement (*Confinement-pandemic*, 2020). Pour sa performance au Mudam, elle imaginait se munir, telle une Robin des bois des temps modernes, d'un carquois qui contiendrait, au lieu de flèches affûtées, de longues pailles flexibles lui permettant de boire dans les verres des convives. Avec humour et impertinence, Trixi Weis sou-

haitait ainsi s'en prendre à l'hygiénisme et aborder des thèmes qui lui sont chers comme l'exclusion des pauvres et la solitude de l'artiste. Cela, en recourant une fois de plus au verre, un matériau très présent dans son œuvre et qu'elle privilégie ces dernières années, comme dans *economy class*, en 2023, où elle distribuait au public des verres scindés en deux, filant ainsi la métaphore bien connue du « verre à moitié vide ou à moitié plein. » Mais le programme a changé depuis, puisque c'est seulement à l'issue des discours que débuttera la garden-party, à l'extérieur. Le public sera donc assis, et sans verre au moment de la performance. Il lui a fallu concocter un plan B.

Une seconde version est ainsi mise en chantier. Le concept serait similaire, cependant moins intrusif. Quant au costume qu'elle portera à cette occasion, elle préfère garder la chose secrète. On sait seulement qu'il sera plus ou moins inspiré de celui dont était affublé le dadaïste Hugo Ball dans une célèbre photo prise à l'époque du Cabaret Voltaire, à Zurich. Trixi entretient également le mystère quant à la

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Die Uxemburgerin

IIII Michèle Thoma

1960, Costa Brava, Camping, Spielplatz, Abend, ich schaukele, schaukele, schmeiß die Beine in den Himmel, schmeiß mich in den Himmel. Singe lauthals, schmettere, brülle. *De Feierwon*. Eins der besten Lieder zum Brüllen. So wie *Alle meine Entchen* oder *Léiwe Kleeschen*, vielleicht schmettere ich den *Kleeschen* an diesem Abend auch. *O Mamm, léif Mamm do uewen* bestimmt nicht, und ganz sicher nicht *D’Uelzecht*. Die ist so ölig. So schwer. Die windet sich so schwer. Kommt dir aus Frankreich, Belgien, Preisen!

Abrakadabra, da kommen sie schon! Bubenbande. Hunnenansturm. Da ist die Uxemburgerin! brüllt der Anführer. Stoppt die Schaukel, tritt gegen mein Schienbein, heulend humpele ich nach dannen, alles tut weh. Gestern noch zog ich Hand in Hand mit dem Häuptling über die Felsen, er heißt Götz, er ist neun Jahre alt wie ich, und sein Vater, der uns ein Eis kauft, nennt mich dauernd Mechthild.

War es ein nationales Mini-Statement auf meiner Schaukel, unterm Sommerhimmel, auf dem Campingplatz voller D- und NL-Schilder? Dass ich eine Exotische bin, eine Besondere, eine deren Sprache keiner kennt, aus dem Land, das keiner kennt, auf dessen Autokennzeichen immer alle grübelnd starren, wo die Eltern lange erklären müssen, wo es herkommt. Land Unbekannt. Es hätte auch X als Autokennzeichen haben können. Aus dem Land X. So klein, dass es kaum wahrnehmbar ist, erklären die Eltern. Zeigen auf den Punkt auf der Landkarte. Zwischen den Großen. Denen mit den Kriegen. Dann können die Eltern die Sprachen und können vermitteln zwischen dem deutschen und dem französischen Campingnachbarn, wenn einer vom andern einen Hering ausborgen will oder den Weg wissen will zum WC oder zur besten Bucht.

Statt beim Gläschen Wein im Kreis neuer Bekannter small zu talken, mutiert man zum unbezahlten und in meinem Fall komplett inkompetenten Auskunftsbüro des Staates Luxemburg

Luxembourg? Ich bin zwanzig und Gast des Rotary Clubs in einer Kleinstadt in New Jersey, USA. Ich halte den älteren Herrschaften, die beinahe nur aus Herren bestehen, Vorträge über Johann den Blinden und Oranien und Nassau bevor ich mich ereifere, weil Abtreibungen in Luxemburg verboten sind. Gibt es da Autobahnen? Gibt es da Swimmingpools? fragen sie. Ein paar Veteranen haben schon von Luxemburg gehört, Rundstedt-Offensive, wir waren dabei, raunen sie mir zu.

Do is schee, antworten die alten Wienerinnen der Achtzigerjahre auf die Beantwortung der Frage woher ich komme. Sie meinen allerdings Laxenburg, gerade mal zwanzig Kilometer von Wien entfernt, ein in einem ewigen romantischen Traum erstarrtes Städtchen mit Schloss und Schlospark und künstlichen Ruinen. Will ich den

Irrtum aufklären, bäugen sie mich skeptisch, dieses Land, das ich ihnen aufschwätzen will, wird nur mit Kopfschütteln kommentiert. In Paris ist es ein paar Jahrzehnte später wiederum ratsam, es zu unterschlagen. Jede/r kennt es. Diesen Hort des Kapitalismus, diesen Schurkenstaat. Dieses unter dem Zepter eines finsternen Juncker seiner Gier frönende Zwergenreich, in dem gruseliges Großkapital in Briefkästen nistet. Alles, dass man nicht vor mir ausspuckt, was ich etwas unfair finde, nie wäre ich auf die Idee gekommen, dass ich das Zeug zu einer tauglichen Repräsentantin des Kapitalismus haben könnte.

Aber war es nicht immer schon eine Zumutung, sich als Luxemburgerin zu outen? Statt beim Gläschen Wein im Kreis neuer Bekannter small zu talken über Kunst Klima Katastrophen Kriege mutiert man zum unbezahlten und in meinem Fall komplett inkompetenten Auskunftsbüro des Staates Luxemburg. Wieviel Quadratmeter? Wieviel Einwohner/innen? Was für eine Sprache? Was, mehrere? Welche? Und warum sind sie so reich?

Woher soll ich das wissen? Woher soll das irgendwer wissen? Dieses Land mutiert wie wild, zivilisiert zugleich, es ist, je nach Milieu, je nach Seifen- oder Fieberblase, in der man abhängt, je nach Bankkonto und Erbgütern Projekt, Projektion, Zukunftslabor, Utopie und Dystopie. Autohöhle und Schlaraffenland der Busfahrerinnen. Mit bunten Häusern und bunten Menschen, die in zahllosen Zungen reden wie nach dem Pfingstwunder. Oder das Wort Croissant nicht verstehen. Mit verstummten Flüchtlingen und Ex-Einheimischen, die sich Flüchtlinge nennen. Mit als Deko einem gemütlichen Großherzog, der neben seiner kleinen, netten Familie aus bunten Zeitschriften winkt. ●

D’GEDICHT VUN DER WOCH

10 Joer Nation Branding

IIII Jacques Drescher

forme qu’elle donnera à son intervention. Elle rêve d’une déambulation parmi les couloirs du hall du Mudam, marquée de pauses au cours desquelles elle poserait des questions à des personnes de l’assemblée en leur offrant un verre de fumée. Des questions qui ne sont pas nouvelles, mais auxquelles l’artiste installée à Esch-sur-Alzette revient fréquemment, avec ironie, pour en faire ressortir le fond de vanité. Les verres utilisés par Trixi proviennent d’ailleurs de vide-greniers, ces derniers opérant comme des « natures mortes » nous invitant à méditer sur le passage du temps. Tout est poudre aux yeux, tout est destiné à partir en fumée, semble nous dire, non sans provocation, la fée Trixi. Après une visite technique au Mudam, la plasticienne vient d’apprendre qu’elle ne pourra pas non plus exécuter la seconde mouture de sa performance. La raison ? La fumée risquerait de déclencher l’alarme laser du musée ! Tout est à repenser depuis le début. Pour l’ingénieuse et malicieuse Trixi qui a plus d’un tour dans son sac, l’avenir de sa performance prendra une forme définitive ces tous prochains jours. À suivre. ●



LuXembourg, dat ass eist Land
An als Country ganz bekannt.
Net just d’City, mee d’ganz Mark,
D’Bouneschlupp an eise Quark.

Make it happen, loosst et fluppen:
LuXembourg ass gutt am Schluppen.
Schmaacht de Béier an de Wäin,
Try the Zoossis vun dem Schwäin.

Eise Bilan léisst sech weisen:
Retail Banking an aalt Eisen,
Englesch Wieder, mee kee Saz,
Well de Shakespeare ass fir d’Kaz.

LuXembourg ass ganz divers,
An eis Chamber of Commerce
Seet dem Delles ounst vill Fun,
Wat en alles maache kann.



Théâtre du Centaure

Tous les yeux
sont braqués sur
Aïcha Rapsaert

Sortir de la Déclaration des Droits de l'Homme

III Jeff Schinker

Joël Delsaut monte *Une fièvre impossible à négocier* au Théâtre du Centaure

« Les filles violées m'ont acceptée, pas très surprise, au Club des Cinq. C'est le club le plus ouvert de la planète et du monde. Aucune couleur de cheveux n'étonne, aucune jupe, aucun âge, aucune profession. Le plus égalitariste le plus démocratique des clubs. Toutes les filles peuvent y entrer un jour. J'étais bienvenue même si personne n'avait envie de l'être. »

C'est un des passages les plus percutants d'un récit qui n'en manque pas, de noirceur, de cynisme et de ce qu'Antoine Volodine appelle « l'humour du désastre », cet humour auquel les marginalisés s'accrochent souvent comme à une bouée de secours à moitié dégonflée. C'est un des alinéas centraux d'*Une fièvre impossible à négocier*, le roman avec lequel Lola Lafon entra en littérature, en 2003. Elle y raconte les affres traumatiques, puis la lente prise de conscience que cela arrive à bien plus de filles et de femmes qu'elle ne le pensait, puis la sororité qu'elle crée avec d'autres femmes, de Landra, une jeune femme violée se rendant compte que la plupart des plaintes déposées par ses consœurs aboutissent à un non-lieu, annulant juridiquement et narrativement les torts infligés, ajoutant de l'humiliation procédurale à la violence du crime subi sur le terrain de son corps.

Quinze minutes pour sortir de la déclaration des droits de l'homme – c'est ainsi que Landra parle du viol qu'elle a subi par un homme qu'elle dit *insoupçonnable*, un homme bien propre sur lui, un producteur avec qui elle a enregistré quelques chansons et dont le nom apparaît sur les affiches de films. C'était du temps où elle croyait encore plus ou moins en une existence bourgeoise. C'était avant que le label d'Universpropre (une allusion à Universal) ne lui fasse comprendre qu'on ne peut pas attendre deux minutes avant le refrain d'une chanson qui ne peut, de surcroît, jamais être en roumain, brisant lentement ses rêves de musicienne avant que son futur bourreau, lui, ne la brise tout court. Surtout, c'était du temps où elle croyait que

les loups étaient reconnaissables, et non pas camouflés sous des tenues immaculées, c'était du temps où elle n'était pas encore obligée de parler des hommes en général et de son bourreau en plus particulier en recourant à des ellipses, à des périphrases adjectivales, en utilisant des génériques masculins comme *il ou un homme insoupçonnable*, comme pour verbalement l'éloigner d'elle, comme pour verbalement le noyer dans la masse alors même qu'elle ne réussit pas à ne pas parler de lui.

Dans le présent de l'énonciation, Landra est une militante activiste d'Étoile noire express, association aux membres inidentifiables, que l'on reconnaît toutefois à la haine de l'injustice, du racisme, des inégalités sociétales ainsi qu'aux vitres cassées de boutiques Nike et autres joyeux lurons du capitalisme, casses souvent suivies de pamphlets adressés à la presse. Depuis qu'elle squatte chez les activistes d'ENE, Landra n'a plus d'adresse fixe, parce que cela lui permet d'échapper plus facilement aux RG qui l'ont certainement fichée depuis qu'elle participe à des actions qui consistent, entre autres, à briser les vitres des tardifs ou à affronter des adeptes de l'extrême droite et autres CRS tout en gardant en tête le guide de survie du militant – des règles simples qui lui permettent d'éviter les réveils en cellule ou le gaz lacrymogène dans les yeux.

Se déroulant à la fin des années 1990, adapté du roman éponyme de Lola Lafon, *Une fièvre impossible à négocier* s'inscrit dans la série des seules en scène féministes (co-)produits (ou non) par le Théâtre du Centaure : On se rappelle le très réussi *Prima Facie* sur une avocate qui défendait des prédateurs sexuels et qui se retrouvait elle-même victime d'un viol (par Marja-Leena Juncker et avec Céline Camarra) ou encore *Norma Jeane Baker De Troie* de et avec Pascale Noé Adam.

Quand Lafon fit paraître son roman aux éditions Flammarion, #metoo en était encore à ses balbutiements, Harvey Weinstein était le mec qui a

produit Tarantino et une pub Suchard pouvait fièrement afficher « quand vous dites non, on entend oui », pratiquant éhontément la culture du viol sous couvert de foireuses allusions érotico-gastronomiques. Surtout, Bertrand Cantat, l'un des chanteurs les plus cités par Landra, n'avait pas encore tué Marie Trintignant, sa partenaire, scindant pendant assez longtemps la presse culturelle française, les uns arguant de la nécessaire séparation entre artiste et homme, d'autres estimant au contraire qu'un homme qui tue une femme ne devrait plus avoir droit de cité dans le monde (culturel ou autre). Il s'agissait donc, pour cette adaptation théâtrale, de délester d'abord le texte de certains de ces incohérences ou anachronismes liés au passage du temps et à l'évolution de certains dossiers juridiques et/ou éthiques tout en gardant l'ambiance des années 1990, ce à quoi la mise en scène de Joël Delsaut réussit d'abord plutôt bien. En relisant le roman, on se dit que les travaux de coupe ayant consisté à réduire un roman de quelque 350 pages à 80 minutes de monologue ont été sacrément efficaces.

La scène du Centaure, d'abord, est on ne peut plus épurée. Un verre à bougie d'où dépasse une feuille – un texte-pamphlet sur lequel se terminera la pièce –, un matelas symbolisant l'existence nomade, déterritorialisée, de Landra, une chaise, une robe rouge, incarnation de cette féminité qu'elle n'ose plus revendiquer depuis ce temps à la fois court et infini de son viol. Tous les regards – peu nombreux en ce vendredi de canicule, où la programmation théâtrale, comme si souvent en juin, est bien trop foisonnante pour qu'on puisse tout voir – sont donc braqués sur Aïcha Rapsaert qui nous emmène dans la vie intérieure torturée et sinieuse, mais non dénuée d'humour noir de Landra. Dans un des passages les plus délicieusement cyniques, elle raconte que la psy de son amie Fantomette « lui a accordé un sept sur dix en traumatisme », la thérapeute soulignant l'exemplarité du traumatisme de Fantomette sans s'étonner qu'il y ait ensuite eu non-lieu, Landra

expliquant que « la candidature au cauchemar » de la victime, bien qu'intéressante, a dû être incomplète, puisqu'« il y manque quelques éléments, comme par exemple [son] avis de décès ». Lafon décortique avec ironie et cynisme les preuves de la souffrance psychique que les victimes doivent étaler au grand jour pour convaincre un jury que l'absence de consentement, c'est grave.

Malheureusement, la mise en scène verse trop souvent dans des écueils qui rendent difficile à adhérer au texte ou au personnage : Aïcha Rapsaert hurle pour exprimer sa colère ou sa souffrance, sautille sur scène pour mimer l'hyperactivité de sa pensée, toutes choses qui ne font que souligner ce que le texte dit et fait déjà, comme si Joël Delsaut n'avait assez confiance ni dans le texte ni dans le public pour estimer qu'il comprendra. Il eût fallu éviter d'enfoncer ces portes ouvertes scéniques tout comme il eût été judicieux d'éviter le surjeu, tout cela finissant par gêner d'autant plus que l'équilibre sonore entre la musique et la voix de la comédienne joue parfois en défaveur de l'actrice.

S'il est évident que l'adaptation d'un roman nécessite, surtout quand il compte quelque 350 pages, pas mal de coupes et si celles-ci sont, dans l'ensemble, très réussies, le passage sous silence de l'enfance de Landra est d'autant plus dommage qu'il s'agit parmi les pages les plus passionnantes du roman, où Landra explique d'où lui vient son envie de faire de la musique et sa rage contre les inégalités politiques : ses parents, sous la dictature des Ceasescu, faisaient apprendre par cœur à leur deux filles des chansons clandestines, qu'elles importaient ainsi en France. Pis, en se limitant à une allusion géographique vague à son passé, la mise en scène semble effacer ce passé migratoire, où naissent les deux passions du personnage – la musique et la politique. Une pièce à découvrir pour la force de son texte – malgré les regrettables problèmes de mise en scène. ●

Komm an d’Stuff

IIII Célia Bergamo, Lisa Desonniaux, Nicholas Taylor Lindner & Felix Schmitz

How to embrace collective urban commons to crack the invisible walls of Kirchberg? Worlding Soils, Worlding Airs 4/5

Our project began not with a building, but with a word: “Stuff.” In Luxembourgish, a *Stuff* refers to a modest and welcoming interior, a living room, a small café, or a local restaurant. More than a physical space, it designates a condition: a place where people gather, talk, share, and simply spend time together. A *Stuff* is not designed to impress, but to host life. It is ordinary, familiar, and deeply collective. It operates through proximity, warmth and through everyday practices rather than exceptional events. This notion became a lens through which we began to observe Kirchberg.

Walking through the district at different times of the day, we identified a recurring condition: a contrast between spatial generosity and limited appropriation. While Kirchberg offers large open areas, wide pathways, and carefully designed public spaces, these environments often remain underused, particularly outside office hours. The district follows a temporal rhythm dominated by work, leaving evenings and weekends marked by a certain emptiness.

We approached it as the result of specific planning logics. Kirchberg reflects a broader model of modernist and post-modernist urbanism, where zoning, infrastructure, and representation have structured space in a highly legible yet relatively rigid manner. This raises an essential question: how can such an environment support a more continuous and diverse urban life without losing its identity?

To answer this, we had to look back. Before becoming a European institutional hub, Kirchberg was a rural plateau. Fields, farmland, modest houses, barns and wooden chalets shaped the landscape. Agriculture structured daily life and even small industries, such as the local sauerkraut factory, were embedded within this environment. These structures were not designed as public spaces in a formal sense, yet they functioned as places of gathering. They were, in many ways, *Stuffs*.

Life unfolded through informal encounters: people met after work, gathered to prepare carnival carts or spent time in small local bars and shared spaces. These modest environments acted as everyday community hubs. What defined them was not their form, but their use, their capacity to host collective life.

With the arrival of European institutions in the 1950s, Kirchberg became the site of a new political and spatial project. The plateau was selected for large-scale development, leading to rapid urbanization. Agricultural land was progressively replaced by infrastructures and institutional buildings. Former inhabitants were displaced, often under contested conditions, marking a clear break between past and present spatial logics.

Kirchberg, as we know it today, is the result of this shift: from a lived, informal landscape to a planned, strategic district.

“Komm an d’Stuff” proposes a subtle shift: from a city that is primarily planned and represented, to one that is also lived, inhabited, and continuously reinterpreted

Our project situates itself within this tension. Through site observations, mappings, and narrative explorations, we analysed how space is currently used. Attention was given to transitional and residual areas: edges, connectors and in-between spaces that structure movement but rarely invite occupation. These spaces, often overlooked, revealed a significant potential for reactivation.

Rather than proposing a large-scale transformation, the project introduces a series of small-scale, targeted interventions inspired by the qualities of the traditional *Stuff*. These interventions aim to reintroduce conditions of proximity, flexibility and informality within the existing urban framework.

They take the form of what we define as “Stuff”: a collection of material and immaterial elements

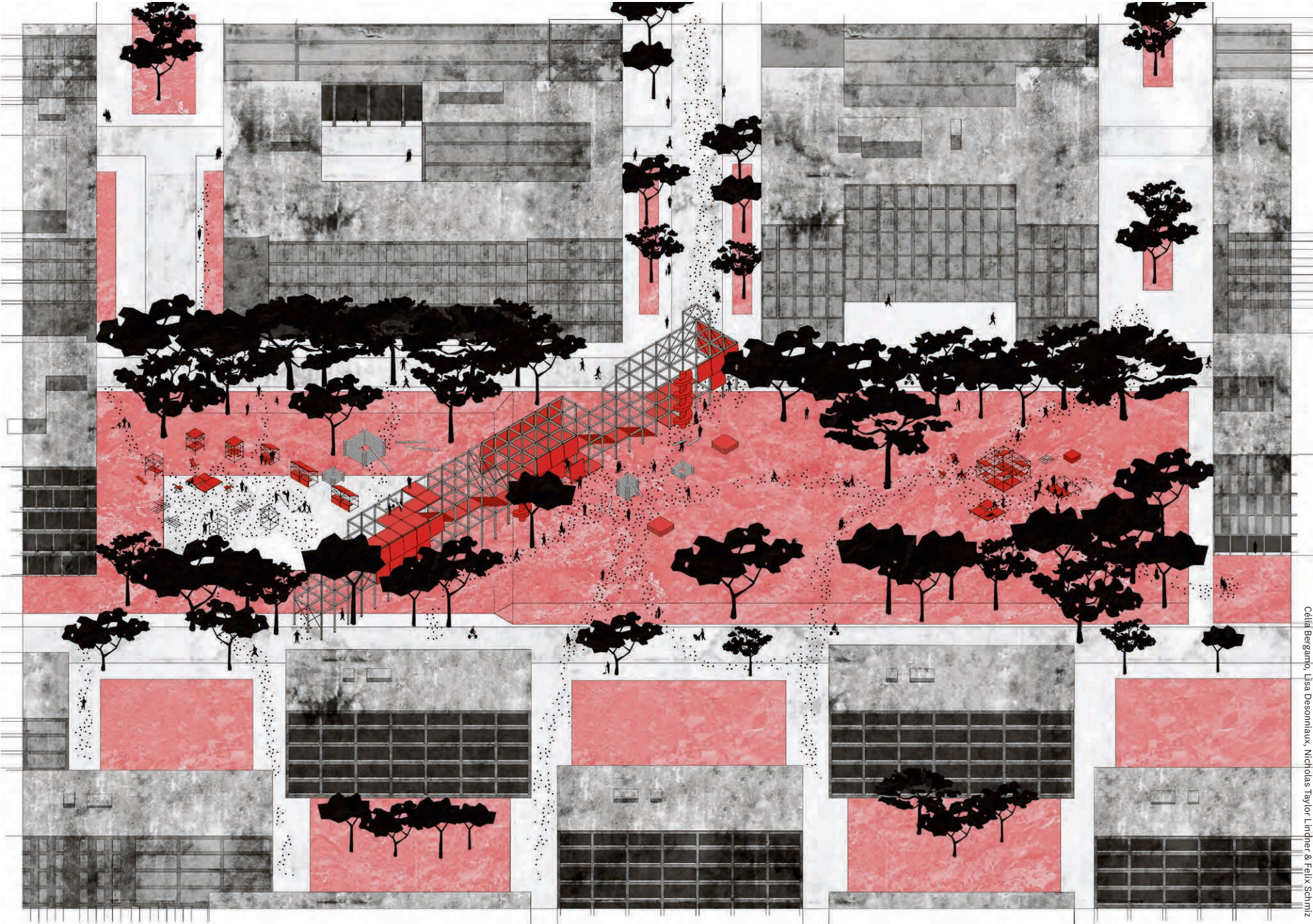
that enable space to be inhabited differently. This includes seating devices, micro-architectures, adaptable platforms, and programmatic insertions that support a range of uses. Some encourage pause and rest, others enable gathering, play or events. None are fixed in their function.

A key aspect of these interventions is their temporality. Unlike conventional urban design, which often seeks permanence, “Stuff” operates through adaptability and change. Elements can evolve over time, responding to users and rhythms. They introduce a more dynamic and responsive layer into Kirchberg.

The project also addresses the question of scale. Faced with the monumental character of the district, these small, tactile interventions create moments of intimacy. They act as anchors for everyday life, making space more approachable and open to appropriation.

“Komm an d’Stuff” does not aim to redefine Kirchberg, but to reveal and extend its latent possibilities. It proposes a subtle shift: from a city that is primarily planned and represented, to one that is also lived, inhabited, and continuously reinterpreted. In this sense, the project suggests that urban quality does not depend on large gestures or iconic forms, but also on the presence of modest, collective and adaptable spaces, on the presence of “stuff”. ●

Conceptual visualization of a “Stuff” in the district
Grünwald, Kirchberg



Célia Bergamo, Lisa Desonniaux, Nicholas Taylor Lindner & Felix Schmitz

Les fils de l’histoire

IIII Karine Sitarz

Retour sur trois propositions du Monodrama Festival traversées par des questions de relations filiales, de vie et de mort, de liens entre histoires privées et affaires publiques

Lundi 15 juin. Découverte. *Finir en beauté*, spectacle créé en 2014 par l’artiste et homme de théâtre Mohamed El Khatib, récompensé du Grand prix de littérature dramatique 2016. Dans ce seul en scène intime et universel, commun et hors du commun, il y évoque les derniers jours de sa mère en France : la maladie et la mort, l’avant et l’après, les ultimes moments passés avec elle (dont ce rhume qui les a empêchés de s’embrasser), l’enterrement au Maroc natal, la tristesse et le deuil, les aberrations administratives et les coutumes dérisoires, les dérapages et les malentendus, les ratés et les manques. Il s’appuie sur des éléments disparates pour recoller les bribes d’une mémoire à partager, relier le privé au public, questionner la société et le politique, évoquer une double culture et le vivre-ensemble. Ce « matériau-vie », comme Mohamed El Khatib le nomme, est à la fois brut et organisé, proche et distant, drôle et grave, absurde et tendre. Dans la salle, sur une table, il y a des lettres, des courriers administratifs, des carnets, une caméra... Mohamed El Khatib marche, s’arrête, revient, commente l’histoire familiale et la politique sur base de dates clés, distribue un document privé, actionne un dictaphone, démarre un enregistrement, montre à l’écran des images ou des notes de son carnet. Adviennent des bribes de conversations, avec sa mère, les médecins, la famille. Le spectacle est fait de continuités et de ruptures, de rires et de larmes, de dérision et d’émotion. Petites et grandes choses surgissent comme des imprévus, comme dans la vie, tout se mêle, le grave et le léger, le superflu et l’important, l’urgent et l’essentiel. Finir en beauté surprend et interpelle.

Samedi 20 juin. Monolabo. *Vania est vivant*, texte de la dramaturge, poète et scénariste Natalia Lizorkina. Née à Moscou en 1990, elle a choisi l’exil à la suite de l’invasion de l’Ukraine par la Russie en 2022. Après une lecture lors de Textes sans frontières en décembre 2025 à l’Ariston (*Land* du 2 janvier 2026) et une lecture publique à Sciences-Po Paris (en présence de l’autrice), la metteure en scène Laure Roldàn vient d’en proposer une nouvelle étape de travail qui apporte un bel éclairage à ce récit qui est une virulente critique de la guerre et de la censure qui s’évertue à ne pas nommer les choses. L’autrice y invertit les mots pour mieux questionner la vérité. Avec un sens aigu de l’absurde, elle imagine le personnage d’Alia dont le fils Vania est envoyé sur le front. La mère attend des nouvelles qui sont de plus en plus singulières, et bien vite on comprend : les mots disent autre chose. Vania est vivant ! Alia de plus en plus seule et désespérée ira dans la rue en brandissant une icône, « c’est ma façon de ne rien dire ». Ce sera le tribunal et l’isolement. La mise en espace sobre de Laure Roldàn, appuyée par de belles lumières et quelques trouvailles scéniques (une porte qui se dessine sur le mur, une fenêtre qui surgit d’un cadre suspendu), renforcée par la musique (*La Valse* de Chostakovitch) et des bruitages bien caractérisés, met en avant le jeu convaincant de la comédienne. Janice Szczypawka donne un beau relief à ses différents rôles, elle est narratrice, elle est Alia et plusieurs personnages secondaires de cette pièce construite en une succession de petits tableaux filmiques.

Samedi 20 juin. Création. *Un jour Ngoungoure!*, spectacle de et par l’autrice, metteure en scène

et comédienne camerounaise Hermine Yollo (vue en 2024) dans une mise en scène de Bétó Bétodji, artiste complice du festival. Ce texte dense, truffé de références historiques, raconte le destin d’une femme forte, la princesse Ngoungoure. Issue de la lignée Bamoun – royaume de l’Ouest du Cameroun – elle sera « reine-roi » d’un jour en 1863 pour remettre de l’ordre dans les sphères du pouvoir avant de céder le trône à son fils Nsangou, alors que « depuis trois siècles et demi les femmes étaient écartées du pouvoir ». « Mon histoire de femme est une histoire d’homme » lui fait dire Hermine Yollo. Le texte est pluriel, récit historique et pamphlet politique, conte cruel et épopée pleine de rebondissements (avec fratricides, luttes de pouvoir, complots), saga familiale et critique sociale, ode féministe et essai anticolonialiste. La belle mise en scène de Bétó Bétodji, avec un décor simple mais foisonnant, le met en perspective. Quand on entre dans la salle, la comédienne est là, majestueuse Ngoungoure dans un flamboyant vêtement de « reine-roi » avec en arrière-fond une impressionnante installation avec un trône recouvert de feuilles d’or. Hermine Yollo livre une remarquable performance, endossant tous les rôles de ce récit à strates multiples, elle est narratrice, autrice, roi et reine, princesse Ngoungoure et bien d’autres personnages. Des jeux de lumière expressifs créent des atmosphères plurielles et la musique de Becky Beh occupe une place essentielle. Ngoungoure danse, chante, implore, crie son destin et hurle sa douleur, elle a perdu tous ses frères, elle perdra tous ses fils, « le



Hermine Yollo, majestueuse Ngoungoure

soleil se lève sur une rivière de sang, la rivière Noun ». Libre, elle le restera jusqu’au bout et décidera seule de sa mort. *Un jour Ngoungoure!* est un spectacle prenant mais ardu pour un public non familier des Bamouns. ●

AVIS

SNHBM

Société Nationale des Habitations à Bon Marché s.a.

Avis de marché

Procédure : 01 ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis :

24.07.2026 10.00 heures

Lieu :

SNHBM 2B, rue Kalchesbruck
L-1852 Luxembourg

Intitulé :

3468_installation de chantier,
gros-oeuvre, démantèlement &
aménagements extérieurs, réf. N3.

Description :

- L'exécution des travaux d'installation chantier, gros-oeuvre, démantèlement & aménagements extérieurs des immeubles résidentiels à Grevenmacher.

Conditions d'obtention du dossier :

Le bordereau de soumission est téléchargeable sur le Portail des

marchés publics.

Réception des plis :

Le jour de l'ouverture avant
10.00 heures.

N°. avis complet sur pmp.lu :
2601607



Syndicat Intercommunal de Dépollution des Eaux résiduaires du Nord (SIDEN)

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte

Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis :

21.08.2026 10.00 heures

Lieu :

L'ouverture de la soumission aura lieu dans la salle des soumissions

affichée à la réception du bâtiment administratif du SIDEN,
à Blesbruck, L-9359 Bettendorf.

Intitulé :

Modernisation et agrandissement de la station d'épuration existante de blesbruck pour une capacité de 130 000 Eh.

Description :

- K0101-21 Nouveau bâtiment pour dégrilleurs et station de relevage.

Critères de sélection :

- Nombre minimal des références pour des ouvrages analogues et de même nature : 3 références ;
- Chiffre d'affaires annuel minimum dans le métier concerné : 1 000 000 euros.

Conditions d'obtention du dossier :

Sous peine de nullité, les documents de soumission sont à télécharger sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des plis :

Conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics, la remise et l'ouverture électronique des offres est obligatoire pour ce marché. Sous peine d'exclusion, les offres doivent être déposées sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu), avant les dates et heures fixées pour l'ouverture. Les offres sous forme de papier ne seront pas acceptées.

Autres informations :

Le début des travaux pour est prévu pour décembre 2026 et le délai d'exécution est de 520 jours ouvrables.

N°. avis complet sur pmp.lu :

2601636

Le bureau du SIDEN :
Fernand Mergen, Président ;
Romain Schroeder,
1^{er} Vice-Président ;
Georges Majerus,
2^{ème} Vice-Président ;
Marc Keilen, Membre ;
Annie Nickels-Theis, Membre.

Poste vacant

Ministère de la Culture

Directeur du Centre national de l'audiovisuel (m/f)

Le Centre national de l'audiovisuel, institut culturel de l'État dédié à la conservation et à la valorisation du patrimoine audiovisuel luxembourgeois, recrute son directeur (m/f).

Pour plus d'informations et pour poser sa candidature :

Prière de consulter le site www.govjobs.lu (rubrique « Postes ouverts »).

Communiqué par le ministère de la Culture

d’LëtzebuengerLand

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983. Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d’Letzeburger Land s.à r.l., R.C.B 19029,N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant** Antoine Hron (485757-1; ahron@land.lu), **Rédacteur en chef** Peter Feist (485757-24; pfeist@land.lu), **Rédaction** France Clarinval (485757-26; fclarinval@land.lu), **Stéphanie Majerus** (485757-35; smajerus@land.lu), **Erwan Nonet** (48 57 57-28; enonet@land.lu), **Sarah Pepin** (485757-36; spepin@land.lu), **Pierre Sorlut** (485757-20; psorlut@land.lu), **Bernard Thomas** (485757-30; bthomas@land.lu), **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger (485757-34; pgreiveldinger@land.lu), **Photos** Sven Becker (485757-36; sbecker@land.lu), **Administration et publicité** Yi Ren (485757-32; yren@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 485757-1 **Fax** 496309 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Facebook** d’Lëtzebuenger Land **Instagram** [letzeburger_land](https://www.instagram.com/letzeburger_land) **Impression** Editpress S.A. **Prix par numéro** 6,50€ **Abonnement annuel** 220,00€ **Abonnement étudiant/e** 95,00€ **Compte en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000

A famous guru comes to town

IIII Benjamin Coles

And I wonder what to make of it all

Life can take some strange turns. On the 9th of June, I went along to a meditation event in the City that a friend had suggested, having, then as now, minimal experience and knowledge of meditation practices and related spiritual traditions. A week later, I was doing a face-to-face interview with the man known as Gurudev or Sri Sri Ravi Shankar, one of the more high-profile of India's living gurus and spiritual leaders.

How did that happen, you ask. Well, that meditation event I went to was put on by The Art of Living, which, I learnt that day, is one of Shankar's two global organisations dedicated to education and humanitarian interventions, and, as I learnt in pretty much the same moment, Shankar happened to be due to visit Luxembourg a week later to receive a Luxembourg Peace Prize. He would also give a public talk and guided meditation. And they wanted him to be interviewed for local media beforehand.

I had my hesitations. You don't have to dig much online to find criticisms of Shankar (concerning everything from comments he made about Malala winning the Nobel to his relationship with Modi and the BJP), but I didn't immediately feel able to judge how fair or even fact-based those criticisms are, and people at this Art of Living event – kind, intelligent people, by all indications – told me that this man and his movement had radically changed their lives for the better. I determined to try and keep an open mind.

Still, the title of the talk Shankar was to give bothered me: 'All that you want to know about life'. Dr Katrien Hertog, director of the Belgian branch of the International Association for Human Values, Shankar's other big organisation, told me it was not necessarily his choice of title. Then there was the cost of attending – even the reduced student fee was €25, and the highest of the tiered prices ('Diamond') was €190. Hertog said ticket sales need to cover the cost of putting on the event.

A further source of doubt for me was a 160-page document Hertog sent me entitled *45 Years of Impact*, highlighting the achievements of Shankar and his organisations in a wide range of humanitarian fields. The claims the document makes are impressive, no question of that – 800 million people reached in 182 countries, 1 million volunteers across 10 000 centres, etc. – but I couldn't particularly trust what I was reading. The stats are rarely backed by independent sources. The writing is vague and glib, AI-style. Worse, there's this constant, resoundingly praiseful focus on Shankar himself. At its most extreme, the document seems to insinuate that he was pretty much solely responsible for major geopolitical developments – like the end of the Colombian Civil War. Hertog told me he did not write the document; it's just a perhaps overly condensed summary of the very diverse work carried out under his leadership.

On the 18th, I arrived in good time at the Hôtel Le Place d'Armes, where Shankar was staying and the interview was to be held. The building seemed full of people of South Asian appearance, and, judging by bits of conversations I overheard, at least many of them were in some way connected to Shankar. 'You do know who you're about to meet?' the Art of Living coordinator for Luxembourg, Spaniard Borja Carsi, asked me solemnly before leading me into the rather glamorous 'Suite Cristal'. 'I know a bit,' I answered. 'Is there something in particular you'd like me to know?' 'It's all out there,' he replied.

Shankar soon came through from his bedroom. He's a small man, 70 years old, with long, grey-

ing hair and beard. He was wearing, as usual, white and saffron robes. He seemed pleasant.

Prash Chandrasekhar of *The Luxembourg Mind* podcast interviewed him before me, asking first about Shankar's experiences meeting world leaders. Shankar was dismissive of the difference between such people and others he meets, saying everyone has a lot to offer. Chandrasekhar notably didn't push back on the guru's answers, but perhaps he was just trying to fit in as many questions as possible. We didn't have long. I had 15 minutes.

I first asked Shankar what he'd say to those in Luxembourg's typical golden cage scenario, i.e. doing high-paying, high-status jobs, with all the material comforts they could want, but unhappy or unfulfilled. 'That's exactly what I'm here for,' he answered. 'Not just material comfort can bring happiness. We need to be

some cons – I leave that to the wisdom of people, to weigh the pros and cons.'

I said to him that I'm also a British citizen. The UK got rich in large part through hundreds of years of colonial extraction. How should I feel about that? What should I do about that? 'First and foremost,' he said, 'you should identify that you are a beautiful human being.' He then cautioned me against letting colonial guilt weigh down my spirit. He told me every country has some drawbacks, and I don't have to 'put on the clothes of somebody else's wrongdoing'. He told me I'm a world citizen, we are a world family, and, if one of our family members has not been so kind, that is because their education was not proper. He concluded that we all should 'consider the whole scenario as a lesson and move forward'. I pressed him, 'you don't think that, as I live now with the benefits of my ancestors' cruel behaviour, I



Ravi Shankar speaking during an event in Mumbai, last September

free from stress, we need wisdom, we need meditation, we need an opening of consciousness'. He went on to say that, when we have these things, people here can be 'a shining light to the world' and 'great scientists, great artists'. I asked whether he thought then that doing these golden cage jobs isn't compatible with living well. He countered that it absolutely is. 'Your job you don't do 24 hours. You do it 6-8 hours – the rest of your time is still with you, and in that time you can always find yourself. Once you find yourself, it doesn't matter what job you do – you still find yourself to be in a very happy place.'

I pushed on to another question: 'Luxembourg is an unusually wealthy country. It's also a country that got wealthy in large part by being a corporate tax haven. How should those of us living here feel about that? What should we do about it?' After a moment of silence, Shankar answered, 'well, I am not an expert on taxation and all that. But every country has some speciality' – he speculated that this may be Luxembourg's, and then declared, 'with any system there are some pros and

In parting, Shankar put a golden, Art of Living-branded shawl over my shoulders, gave me a small book (25 Ways to Improve Your Life) with his name and face on the cover, and then said to me, 'you want a photo with me, don't you'

should try to atone or compensate?' Shankar again took a moment to think and then said, 'Irrespective of what they did or didn't do, it is each individual's responsibility to care and share. It is the responsibility of all those who have to share what they have with other people, whether it is knowledge or wisdom or material resources. Because sharing gives you immense happiness.'

I thought there was a lot of good stuff in this answer, but I also detected in both of his answers a kind of quietism. While reading through that *45 Years of Impact* document, I'd had the recurring thought that a lot of his organisations' initiatives seem to be dealing with symptoms – especially stress of various kinds – rather than with the deeper, systemic problems that generate those symptoms. I put this point to him now. He said that all systems boil down to who's running them; can bad people make good systems? Can even a good system really work if it's got bad people running it? Impossible, he said. 'This is why The Art of Living is there, to help people have clarity in mind, purity in heart, sincerity in action'. I wanted to ask what kinds of systems he expected to result from such healthiness, and whether he didn't think systems can corrupt and trap people, and how he remains hopeful that his efforts are working overall, given that he's been at this for 45 years now and things seem, especially recently, to have been getting darker – but we'd gone past the 15-minute mark and he'd ended these last comments with a conclusive 'thank you'.

In parting, Shankar put a golden, Art of Living-branded shawl over my shoulders, gave me a small book, *25 Ways to Improve Your Life*, with his name and face on the cover, and then said to me, 'you want a photo with me, don't you'.

The public talk and guided meditation, about an hour and a half later, were in the enormous Europe Room at the Parc Hotel in Dommeldange. There were some 680 attendees, most of them South Asian. Along one side of the room, there were products for sale – not just Shankar's books, but SriSri Tattva supplements, body oil, cough syrup, eye drops, toothpaste, chocolate, etc. SriSri Tattva is Shankar's consumer goods and wellness coaching brand. Before Shankar went on stage, a short video was shown, kind of in the style of a Hollywood movie trailer, all about how superhumanly amazing Shankar is (recited the whole Bhagavad Gita at age four, now busy saving the world).

When he arrived and left, not only did he get standing ovations but the audience turned as one to watch him make his way to and from the stage. After he first ascended the stage, a band sang his name for about six minutes. He then gave bouquets of flowers to each of the two Luxembourgish politicians in the front row, Paul Galles and Erna Hennicot-Schoepges (both CSV). There were huge screens either side of the stage, and they showed mostly Shankar, even when he was just sitting passively during musical interludes. As for the talk that he seemingly ad-libbed, it was essentially about how we need to listen more, be more childlike, smile more, and how meditation is the means to such ends.

The guided meditation I failed miserably at. The evening sun was hitting me full-on through a window to my left, I couldn't coordinate my breathing, my hand movements and the opening and closing of my eyes in the way he was instructing us to, I quickly gave up. ●

POP. LIFE !

e-abonnements

IIII josée hansen

Émerveillement début mai dans le jardin : la caméra installée dans la mangeoire pour oiseaux capta un faon à l'aube, visiblement perdu dans cet environnement cloisonné. La caméra est connectée avec une IA qui reconnaît les oiseaux venant picoter dans les graines, mais pas les visiteurs d'une autre classe animale. La mangeoire est *made in China* et l'IA est américaine et propose normalement les noms d'oiseaux en anglais, il faut alors les traduire avec le LOD pour savoir le nom de l'oiseau en luxembourgeois, et on se dit que nous sommes devenus bien cons. Il y a quelques années, la phrase du philosophe Baptiste Morizot, extraite d'un interview sur *France Culture* : « aux États-Unis, les enfants savent reconnaître mille logos de marques... mais pas différencier deux feuilles d'arbres », est devenue virale. L'abonnement à l'IA pour identifier les oiseaux ou pour les applications permettant d'identifier les plantes est... payant.

Mais comment arrêter ces abonnements récurrents qui s'amassent au fil du temps, parce qu'on a jadis installé une app pour les enfants, dans laquelle sont vendus des éléments supplémentaires payants (passer au niveau supérieur d'un jeu, acheter du « foin » pour les poneys virtuels...) ? Comment arrêter les abonnements de plateformes de streaming, sur lesquelles on n'a plus trouvé de film à regarder depuis des mois ?

« Cancelling 'zombie' subscriptions could save Britons up to £400 a year, survey finds », titra le *Guardian* le 10 janvier de cette année. Et de citer une étude, qui affirme que les Britanniques déboursent jusqu'à 1 200 livres par an en abonnements, et que 19 pour cent d'entre eux n'utilisent pas tous les abonnements qu'ils paient. « Une fois abonné, on s'en rend à peine compte, le numérique a introduit une telle fluidité des paiements qu'on ne les remarque même plus », expliqua la professeure d'économie Françoise Benhamou en 2019 déjà à *Libération* (dont je peux consulter toute l'archive par mots-clés à partir de chez moi grâce à... un abonnement électronique payant).

Recherche est donc faite des abonnements mensuels ou annuels récurrents payés par carte bancaire ou via PayPal afin d'avoir une meilleure idée de ce qui sort des caisses par an : plus de mille euros pour les versions électroniques de médias nationaux et internationaux (*Le Monde*, *Libé*, *SZ*, *NYT*, *New Yorker*, *Mono-*

pol...) auxquels s'ajoutent plus de 1 300 euros par an pour les licences de logiciels informatiques, le *cloud*, des plateformes de *streaming* musique et vidéo, des noms de domaines et les logiciels pour les entretenir. Pour tout retrouver, il faut fouiller dans les courriels (les sociétés correctes envoient un rappel de débit prochain), Paypal, les abonnements dans les applications sur le portable – bref, un travail de détective.

Les pires sont les abonnements avec lesquels on se fait arnaquer : test gratuit d'un gimmick en ligne d'une semaine ou d'un mois, on oublie l'avoir essayé et vlan ! Une somme de plusieurs centaines d'euros est débitée pour un truc dont on ne se servira jamais. Il y a certes un droit de rétractation dans la législation européenne sur les droits des consommateurs – théoriquement, on a quinze jours pour revenir sur un achat à distance –, mais bonne chance pour faire valoir ce droit auprès d'une plateforme qui se trouve à l'autre bout du monde, sans possibilité d'interagir avec un humain. Et en plus : qui se souvient de ses mots de passe pour tous ces abonnements ? Ils sont pourtant nécessaires pour se désabonner aussi.

Les abonnements électroniques furent une idée de génie du capitalisme pour fidéliser les consommateurs, les rendre dépendants d'une société et, au passage, voler leurs données personnelles. Au lieu d'acheter des disques, des journaux, des livres, des CDs, des DVDs ou des logiciels sur CD-Rom qu'on possédait aussi longtemps que le support restait lisible, on les emprunte sous prétexte de garantie de suivi et d'actualisations de la technologie. Même les voitures électroniques sont en leasing, avec des actualisations régulières des logiciels centraux. Or, en désabonnant Spotify pour choisir Apple Music (ou vice-versa), on perd tout le catalogue de musique construit au fil des envies sur des années. Ainsi est créé une dépendance.

C'est décidé : je vais ressortir le classique *Die Vögel Luxemburgs* publié en 1989 par la Natur- a Vulleschutzliga et remettre cette foutue mangeoire connectée et son IA comme... intelligente arnaque. ●

La caméra intégrée dans la mangeoire pour oiseaux installée dans le jardin détecte les noms d'oiseaux via une IA – ici un pic épeiche, grousse gepierpelte Spiecht en luxembourgeois

netvue | #CaughtOnBirdfy



C'est un
Great Spotted Woodpecker!

TFC

L'ENDROIT

Salty

Il nous avait prévenu au printemps : Raph Betti, coqueluche de la scène cocktails locale grâce à son bar devenu lifestyle BAC Luxembourg,



ouvrirait bientôt un nouveau lieu mêlant coffee shop et bar à cocktails sur un coin très passant du quartier Belair. Toutefois, un léger retard de planning dans le lancement de cette nouvelle aventure a poussé le jeune entrepreneur à revoir sa copie pour l'été... Qu'à cela ne tienne, avec François Bachmann, un des barmen les plus réputés du pays, il investit quatre soirs par semaine le local d'Intense Coffee – son futur partenaire à Belair – de Bonnevoie pour un pop-up qui fait saliver d'emblée. En effet, chez Salty, c'est bien le sel qui fait celui de la carte des

brevages, dont certains qualifiés de « savoury » étonnent clairement les papilles frétilantes des amateurs et des néophytes en la matière. Cerise pickle sur le martini : un véritable bar à margaritas permet de combiner des dizaines d'alcools avec une large variété de sels aromatisés. Un petit millier de choix possibles pour trouver sa création signature forcément très désirable et de s'en vanter à qui voudra bien nous écouter. Quelqu'un a dit sel à l'ail des ours (photo : fr) Du mercredi au samedi jusqu'à minuit – et on y grignote aussi. FABIEEN RODRIGUES

DAS GETRÄNK

Ertrunkener Espresso

Im multilingualen Luxemburg und seinem Grenzgebiet gilt es aufzupassen: Ein „Eiskaffee“ ist nicht gleich ein „Café glacé“. In Deutschland, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz ist Eiskaffee ein aufgebrühter, erkalteter Kaffee mit Vanilleis, dem eine Haube Schlagsahne aufgesetzt wird. In Belgien besteht vor allem der „Café glacé liégeois“ aus

Kaffee-Eis (Mokka), reichlich gesüßtem Espresso und Schlagsahne. Ein „Café glacé“ in der französischsprachigen Schweiz und in Frankreich bezeichnet dagegen häufig einen Kaffee oder Espresso mit Eiskwürfeln – ähnlich wie der „Iced Coffee“ im Englischen. Der „Café frappé“ wiederum wird meist nach griechischer Art mit Instantkaffee, Zucker und Eiskwürfeln im Shaker gemixt. In den vergangenen Jahren tauchte hierzulande vermehrt der „Affogato al caffè“ auf. Nördlich der Alpen wird das Getränk manchmal „Espresso



Affogato“ genannt, was wörtlich übersetzt „ertrunkener Espresso“ heißt. SM

PRINTED IN
LUXEMBOURG